



# Lokale Partner für globales Handeln

**14. Bundeskonferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik**  
6. bis 8. Juni 2018, Musik- und Kongresshalle Lübeck

# Inhaltsverzeichnis

<b>Programm</b> .....	4
<b>„Lokale Partner für globales Handeln“</b>	
<b>14. Bundeskonferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik</b> .....	6
<b>Auftakt: Stadtpaziergänge und Abendempfang</b> .....	7
<b>1. Offizielle Eröffnung</b> .....	8
<b>2. Keynotes zur Kommunalen Entwicklungspolitik</b> .....	9
<b>3. Lokale Partner für globales Handeln – Vertreterinnen und Vertreter aus Bund, Land und Kommunen im Gespräch</b> .....	11
<b>4. Workshops zu Themen rund um die Kommunale Entwicklungspolitik</b> .....	14
4.1. Viel zu tun, aber leere Kassen – Tipps zu finanziellen Fördermöglichkeiten durch Engagement Global.....	14
4.2. Mitwirkende gesucht! Wie mobilisiere ich in meiner Kommune für entwicklungspolitisches Engagement?.....	15
4.3. Fairer Einkauf kommunal: Wie sozialverantwortliche Beschaffung am Beispiel Berufskleidung gelingen kann .....	16
4.4. Die Kommune bewegt die Welt: Mit Migrantinnen und Migranten den Fairen Handel stärken.....	17
4.5. Die Welt bewegt die Kommune: Mit Geflüchteten globale Zusammenhänge verdeutlichen.....	18
4.6. Kommunale Partnerschaften neu denken: Die Agenda 2030 als Perspektivwechsel.....	19
4.7. 17 Ziele für die Kommune von morgen! Verbindung von integrierter Kommunalentwicklung in Deutschland und globaler Verantwortung.....	20
4.8. Inklusion in kommunalen Partnerschaften .....	21
4.9. Chancen und Herausforderungen der Zusammenarbeit mit Kommunen im Nahen Osten und Nordafrika .....	22

4.10. Demokratie stärken – Formen der Bürgerbeteiligung im Rahmen kommunaler Projektpartnerschaften.....	24
4.11. Umwelt und Klimawandel – Fachaustausch in kommunalen Partnerschaften .....	25
4.12. Auf dem Weg zur nachhaltigen Kommune: Projekte und Erfahrungen aus Lübeck und Schleswig-Holstein ...	26
<b>5. Abendempfang .....</b>	<b>28</b>
<b>6. Zukunftsvision: Kommunale Entwicklungspolitik im Jahr 2021 .....</b>	<b>29</b>
<b>7. Zukunftsforen .....</b>	<b>32</b>
7.1. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit im Kontext des „Marshallplans mit Afrika“ .....	32
7.2. Lokalisierung und Messbarkeit der Agenda 2030.....	33
7.3. Digitalisierung gestalten.....	34
7.4. Beschäftigungsförderung als Thema kommunaler Partnerschaften.....	35
7.5. Kommunale Unternehmen .....	36
7.6. Kommunale Partnerschaften im Kontext politischer Transformationsprozesse und fragiler Staatlichkeit .....	37
7.7. Qualifizierung von Geflüchteten mit Rückkehrwunsch .....	38
7.8. Faire Beschaffung – mehr Alltag statt Ausnahmezustand im Jahr 2021! .....	40
7.9. Dreieck, Viereck, Mehreck– Formate für eine partnerschaftsübergreifende Zusammenarbeit? .....	42
<b>8. Abschluss und Ausblick .....</b>	<b>43</b>
<b>Glossar .....</b>	<b>44</b>
<b>Impressum.....</b>	<b>45</b>

# 14. Bundeskonferenz der Kommunale Entwicklungspolitik

## Programm, 6. bis 8. Juni 2018 in Lübeck

Moderation: Alexander Thamm und Julia Pfänder

### Mittwoch, 6. Juni 2018

- Ab 15:00 Uhr Check-in in den Hotels
- 16:30 Uhr Wahlmöglichkeiten:
- Nachhaltiger Stadtspaziergang durch die Lübecker Altstadt mit Sehenswürdigkeiten
  - FairLaufen – Rundgang zum Fairen Handel durch Lübeck
- 18:30 – 19:30 Uhr Empfang der Lübecker Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer  
Audienzsaal des Rathauses, Breite Str. 62, Lübeck

### Donnerstag, 7. Juni 2018

- Ab 09:00 Uhr Registrierung und Ankommen
- 10:00 Uhr **Offizielle Eröffnung der 14. Bundeskonferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik**  
Jan Lindenau, Bürgermeister Hansestadt Lübeck  
Dr. Jens Kreuter, Geschäftsführer Engagement Global
- 10:15 Uhr **Keynotes zur Kommunalen Entwicklungspolitik**  
Daniel Günther, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein  
Dr. Bernhard Felmberg, Abteilungsleiter Zentralbereich,  
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- 10:45 Uhr **Lokale Partner für globales Handeln –  
Vertreterinnen und Vertreter aus Bund, Land und Kommunen im Gespräch**  
Dr. Bernhard Felmberg, Zentralbereich, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
Dr. Carola Stein, Referatsleiterin Partnerland Ruanda/Entwicklungszusammenarbeit,  
Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz  
Karsten Specht, Vizepräsident des Verbands kommunaler Unternehmen  
und Geschäftsführer des Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverbands (OOWV)  
Maja Buße, Bürgermeisterin, Stadt Mittenwalde
- 11:45 Uhr Gruppenfoto
- 12:00 Uhr Mittagessen und Fachausstellung
- Runde 1 Workshops zu Themen rund um die Kommunale Entwicklungspolitik**
- 14:00 – 15:30 Uhr
1. Viel zu tun, aber leere Kassen – Tipps zu finanziellen Fördermöglichkeiten durch Engagement Global
  2. Mitwirkende gesucht! Wie mobilisiere ich in meiner Kommune für entwicklungspolitisches Engagement?
  3. Fairer Einkauf kommunal: Wie sozialverantwortliche Beschaffung am Beispiel Berufsbekleidung gelingen kann
  4. Die Kommune bewegt die Welt: Mit Migrantinnen und Migranten den Fairen Handel stärken
  5. Die Welt bewegt die Kommune: Mit Geflüchteten globale Zusammenhänge verdeutlichen

## Runde 2 Workshops zu Themen rund um die Kommunale Entwicklungspolitik

- 16:15 – 17:45 Uhr
6. Kommunale Partnerschaften neu denken: Die Agenda 2030 als Perspektivwechsel
  7. 17 Ziele für die Kommune von morgen!  
Verbindung von integrierter Kommunalentwicklung in Deutschland und globaler Verantwortung
  8. Inklusion in kommunalen Partnerschaften
  9. Chancen und Herausforderungen der Zusammenarbeit mit Kommunen im Nahen Osten und Nordafrika
  10. Demokratie stärken – Formen der Bürgerbeteiligung im Rahmen kommunaler Projektpartnerschaften
  11. Umwelt und Klimawandel – Fachaustausch in kommunalen Partnerschaften
  12. Auf dem Weg zur nachhaltigen Kommune: Projekte und Erfahrungen aus Lübeck und Schleswig-Holstein
- 15:30 – 16:15 Uhr Kaffeepause und Austausch
- 17:45 Uhr Blitzlichter aus den Workshops
- 18:30 Uhr Ende 1. Tag
- 19:30 Uhr Abendempfang – 30 Jahre Bundeskonferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik  
Dr. Stefan Wilhelmy, Bereichsleiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global
- 20:00 Uhr Abendessen mit musikalischer Begleitung von „MAX AND FRIENDS“

## Freitag, 08. Juni 2018

- Ab 8:00 Uhr Registrierung
- 9:00 Uhr Begrüßung
- 9:15 Uhr **Zukunftsvision: Kommunale Entwicklungspolitik im Jahr 2021**  
Dr. Doris Witteler-Stiepelmann, Referatsleiterin Referat Z 33,  
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
Saliou Gueye, Stadt Ludwigsburg  
Dr. Stefan Wilhelmy, Bereichsleiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global
- 10:00 Uhr **Zukunftsforen mit flexibler Kaffeepause zu den Themen:**
- Kommunale Entwicklungszusammenarbeit im Kontext des „Marshallplans mit Afrika“
  - Lokalisierung und Messbarkeit der Agenda 2030
  - Digitalisierung gestalten
  - Beschäftigungsförderung als Thema kommunaler Partnerschaften
  - Kommunale Unternehmen
  - Kommunale Partnerschaften im Kontext politischer Transformationsprozesse und fragiler Staatlichkeit
  - Qualifizierung von Geflüchteten mit Rückkehrwunsch
  - Faire Beschaffung – mehr Alltag statt Ausnahmezustand im Jahr 2021!
  - Dreieck, Viereck, Mehreck – Formate für eine partnerschaftsübergreifende Zusammenarbeit?
- 13:00 Uhr Empfehlungen aus den Zukunftsforen und weitere Schritte
- 13:45 Uhr Schlussworte
- 14:00 Uhr Gemeinsames Mittagessen
- 15:30 Uhr Ende der Veranstaltung und Abreise

# „Lokale Partner für globales Handeln“

## 14. Bundeskonferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik

„Lokale Partner für globales Handeln“ – so lautete der Leitspruch, unter dem die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global in enger Zusammenarbeit mit der Hansestadt Lübeck vom 6. bis 8. Juni 2018 zur 14. Bundeskonferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik (BUKO) eingeladen hatte. Mit über 400 Teilnehmenden war dies bislang die größte BUKO.

Seit 30 Jahren bietet dieses Veranstaltungsformat Entscheidungsträgerinnen und -trägern sowie Interessierten aus Bund, Ländern, Kommunen und der Zivilgesellschaft

ein Forum für den Austausch zu spannenden Zukunftsthemen der Kommunalen Entwicklungspolitik. Dies verdeutlicht einmal mehr die wichtige Rolle der Kommunen für die Entwicklungspolitik und die Umsetzung der internationalen Beschlüsse, wie der Agenda 2030 oder der Pariser Klimaziele.

Die Bundeskonferenz wurde von einer Fachausstellung begleitet, welche die Gelegenheit bot, mit verschiedenen Akteuren ins Gespräch zu kommen.



*Fachausstellung*

## Auftakt: Stadtspaziergänge und Abendempfang

Zum Auftakt der 14. Bundeskonferenz bestand bereits am Vortag der offiziellen Eröffnung die Möglichkeit, am Mittwoch, 6. Juni 2018, an einem thematischen Stadtspaziergang durch Lübeck teilzunehmen („Nachhaltiger Stadtspaziergang durch die Lübecker Altstadt mit Sehenswürdigkeiten“ oder „FairLaufen – Rundgang zum Fairen Handel durch Lübeck“) und in entspannter Atmosphäre mit anderen Teilnehmenden ins Gespräch zu kommen. Im Anschluss lud die **Lübecker Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer** zu einem Abendempfang in den Audienzsaal des Lübecker Rathauses ein. Sie hieß die Gäste herzlich in Lübeck willkommen und betonte, dass das Engagement der Hansestadt breit gefächert sei; so sei die Stadt unter anderem die erste „Fairtrade-Stadt“ in Schleswig-Holstein gewesen. Wichtig sei es nun, die Agenda 2030 vor Ort und mit Partnern im Globalen Süden zu gestalten.



*Gabriele Schopenhauer*

# 1. Offizielle Eröffnung

Der **Bürgermeister der Stadt Lübeck, Jan Lindenau**, begrüßte die Teilnehmenden in der Hansestadt. In seiner Eröffnungsrede unterstrich er die Bedeutung des regelmäßigen Austausches unterschiedlicher Akteure, wie er bei der BUKO stattfindet. Dadurch könnten neue Ideen und Initiativen entstehen. Nachhaltige Entwicklung zeige sich in Lübeck beispielsweise in der „naturnahen Waldnutzung“, denn auch die nachhaltige Waldbewirtschaftung sei ein kommunaler Beitrag zur Entwicklungspolitik. Darüber hinaus erwähnte er den Zukunftsdialog „**Lübeck:überMorgen**“, bei dem Nachhaltigkeit im Zentrum stehe: Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung möchte die Stadt Lübeck ihre Bürgerinnen und Bürger einbeziehen; Partizipation und nachhaltige Politik gehören in Lübeck ganz klar zusammen. Er wünschte allen eine erfolgreiche Tagung und viel Freude bei der Zusammenarbeit.



*Jan Lindenau*



*Dr. Jens Kreuter*

Danach begrüßte **Dr. Jens Kreuter, Geschäftsführer von Engagement Global**, die Teilnehmenden zur 14. BUKO. Er bekräftigte, dass die Stärkung des kommunalen entwicklungspolitischen Engagements eines der wichtigsten Ziele von Engagement Global sei. Dies zeige sich auch dadurch, dass die SKEW seit über einem Jahr ein eigener Bereich unter dem Dach von Engagement Global geworden sei. In der nationalen und internationalen Entwicklungspolitik habe die Bedeutung der lokalen Ebene merklich zugenommen. Bei der BUKO bündele sich die gesamte Kompetenz der Kommunalen Entwicklungspolitik in Deutschland. In der Vergangenheit seien wichtige Impulse von der BUKO ausgegangen; so seien die „Kommunalen Klimapartnerschaften“ ein Ergebnis der 11. BUKO im Jahr 2009. Er lud die Teilnehmenden dazu ein, kreativ zu werden, die Konferenz als Plattform für den Austausch zu nutzen und neue Initiativen für die Kommunale Entwicklungspolitik anzustoßen.



## 2. Keynotes zur Kommunalen Entwicklungspolitik



*Ministerpräsident Daniel Günther*

**Daniel Günther, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein**, betonte in seiner Keynote, dass die Jamaika-Koalition in Schleswig-Holstein Ökonomie und Ökologie nicht als Gegensatz verstehe. Vielmehr gehe es darum, beide Bereiche in Einklang zu bringen. Schleswig-Holstein sei das Bundesland der Energiewende. Bedauerlich sei jedoch, dass die Potenziale erneuerbarer Energien nicht vollständig genutzt werden könnten. So würden Solar- und Windanlagen aufgrund überlasteter Netze immer wieder abgeschaltet werden. Da der Netzausbau nach Süddeutschland noch Jahre dauern könne, plädierte der Regierungschef dafür, erneuerbaren Strom in Schleswig-Holstein auf andere Weise zu nutzen oder zu speichern. Einige Projekte in Schleswig-Holstein gingen bereits in diese Richtung: Im Rahmen von „NEW 4.0“ solle die Stromversorgung von Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg bis 2035 zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien erfolgen. Der Ministerpräsident hob zugleich das Engagement der Kommunen in Schleswig-Holstein hervor;

so seien bereits 20 Kommunen als „Fairtrade-Städte“ ausgezeichnet, sieben weitere als Energiekommunen, und viele unterhielten Partnerschaften zu Entwicklungs- und Schwellenländern. In Nordfriesland habe sich zudem ein Klimabündnis gegründet, um die Energiewende voranzubringen. Auch im Bildungsbereich laufe mit der „Zukunftsschule.SH“ ein erfolgreiches Projekt. Hier würden jedes Jahr Schulen ausgezeichnet, die zukunftsfähiges Handeln praxisnah vermitteln.



*Dr. Bernhard Felmborg*

**Dr. Bernhard Felmborg, Abteilungsleiter Zentralbereich, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)**, skizzierte in seiner Keynote die entwicklungspolitische Bedeutung der Kommunalen Entwicklungspolitik. Er betonte, dass viele Antworten auf aktuelle Fragen und globale Herausforderungen bei den Kommunen und ihren engagierten Partnern zu finden seien. Die Kommunale Entwicklungspolitik habe einen neuen Stellenwert bekommen, was sich auch in der deutlichen Budgetsteigerung für diesen Bereich zeige. Bundesminister



*Die Teilnehmenden im Plenum*

Dr. Gerd Müller unterstütze die Kommunale Entwicklungspolitik sehr; sie sei eine wichtige Säule in seiner Vorstellung von Entwicklungspolitik. So sei die Zahl von engagierten Kommunen in den letzten Jahren auf über 750 gestiegen. Ziel sei es, Kommunale Entwicklungspolitik zu einer eigenen Dimension auszubauen. Verschiedene Angebote sollen dabei den Einstieg erleichtern. Für die Beratungsleistungen und Programme der Engagement Global mit ihrer SKEW stelle das BMZ im Jahr 2018 rund 20 Millionen Euro bereit, was zukünftig noch gesteigert werden solle. Die BUKO im Jahr 2015 habe für diese Entwicklung wichtige Impulse gegeben. So ermutigte Dr. Felmborg die Teilnehmenden, sich auch auf der 14. BUKO mit Anregungen und Ideen einzubringen.

Im Jahr 2015 habe sich die Weltgemeinschaft auf die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen und auf das Klima-Abkommen von Paris geeinigt. Die Welt brauche diesen Paradigmenwechsel zur Nachhaltigkeit. Die Agenda sei Verpflichtung in allen Politikbereichen. Nachhaltige Entwicklung innerhalb der Grenzen des Planeten müsse Grundprinzip allen Handelns werden. Deshalb müsse die Agenda 2030 in Deutschland bekannter werden, auch durch starke Stimmen in den Kommunen.

Darüber hinaus verkündete Dr. Bernhard Felmborg die Auszeichnung des Lokalisierungsansatzes von BMZ und SKEW „Global – Lokal: Agenda 2030 VerOrten“ als Leuchtturmprojekt 2018 der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie durch den Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung. Hier gehe es insbesondere darum, die Agenda 2030 vor Ort, im Verwaltungshandeln und im Rahmen von kommunalen Partnerschaften zu verankern. Das Leuchtturmprojekt umfasse damit die Angebote der Servicestelle zum Handlungsfeld Global Nachhaltige Kommune sowie „Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften“. Dr. Bernhard Felmborg unterstrich, dass damit die gesamte Bundesregierung die Bedeutung der Kommunen für nachhaltige Entwicklung anerkenne. Deutsche Kommunen sollen dazu angeregt und befähigt werden, die Agenda 2030 sowohl bei sich vor Ort als auch mit Partnerkommunen im Globalen Süden umzusetzen und dafür Handlungsstrategien zu entwickeln. So könnten sie einen Beitrag zur Umsetzung der „Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie“ und der Ziele der Agenda 2030 leisten und gleichzeitig global Verantwortung übernehmen. Er lud alle Kommunen dazu ein, sich im Rahmen dieses Projektes zu engagieren. Er schloss mit dem Appell, sich in der BUKO aktiv einzubringen, damit die Zukunftsforen im Konferenzprogramm Orte der Innovation sein könnten, und wünschte ein gutes Gelingen der Konferenz.

### 3. Lokale Partner für globales Handeln – Vertreterinnen und Vertreter aus Bund, Land und Kommunen im Gespräch

In Rahmen einer Podiumsdiskussion wurde das Thema „Lokale Partner für globales Handeln“ aus unterschiedlichen Blickwinkeln vertieft. Auf dem Podium waren folgende Personen vertreten:

- **Dr. Bernhard Felberg**, Ministerialdirigent, Abteilungsleiter Zentralbereich, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- **Dr. Carola Stein**, Referatsleiterin Partnerland Ruanda/Entwicklungszusammenarbeit, Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz
- **Karsten Specht**, Vizepräsident des Verbands kommunaler Unternehmen e.V. und Geschäftsführer des Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverbands (OOWV)
- **Maja Buße**, Bürgermeisterin, Stadt Mittenwalde
- Moderation: **Julia Pfinder und Alexander Thamm**

**Moderation:** *Frau Stein, Sie sind seit über 30 Jahren für die Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda zuständig. Es ist mittlerweile ein Vorzeigemodell geworden. Wir würden gerne mehr über die spezifische Rolle als Bundesland erfahren, wie sich die Zusammenarbeit über die Jahre gewandelt hat und welche Rahmenbedingungen sich gestalten lassen, damit sich die Kommunen einbringen können.*



*Dr. Carola Stein*

**Dr. Carola Stein:** Die Landesregierung wollte einen Rahmen schaffen, um Kommunen, Schulen und weiteren Institutionen die Möglichkeit zu eröffnen, mit Partnern aus dem Globalen Süden auf vielfältige Art und Weise zusammenzuarbeiten. Dabei sollte nicht nur die gemeinsame Projektarbeit, sondern vor allem auch die Begegnung der Menschen im Vordergrund stehen. Wir haben ein Koordinationsbüro vor Ort in Ruanda, sodass wir sicher sein können, dass alle Maßnahmen auch zuverlässig durchgeführt werden; das schafft viel Vertrauen. Das Land kann durch diese Partnerschaft zudem eine Reihe von Akteuren ansprechen, die sich einer Zusammenarbeit mit einem afrikanischen Land sonst vielleicht nicht zuwenden würden –

zum Beispiel Kommunen, Handwerkskammer oder Ähnliches –, aber im Rahmen unserer Partnerschaft nun doch Interesse zeigen. Dadurch eröffnen sich viele neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Über die vielen Jahre, die die Partnerschaft nun besteht, hat sich die Arbeit von den klassischen Hilfsprojekten mehr und mehr zu einem Fachaustausch und Wissenstransfer gewandelt. Bei einem neuen Projekt mit der SKEW geht es zum Beispiel um einen kommunalen Fachaustausch, der den Wissenstransfer in beide Richtungen fördert. Ruanda ist sehr engagiert bei der Umsetzung der *Sustainable Development Goals* (SDGs). Das Land hat beispielsweise die Verwendung von Plastiktüten unterbunden und es gibt gute Ansätze zur E-Mobilität. Zudem verpflichten sich ruandische Bürgermeister öffentlich, bestimmte Ziele in einem definierten Zeitraum zu erfüllen. Wir hoffen, dass wir auch von Ruanda lernen können.

**Moderation:** *Herr Specht, wo sehen Sie die besondere Rolle der kommunalen Unternehmen in der kommunalen Entwicklungspolitik?*



Karsten Specht

**Karsten Specht:** Die kommunalen Unternehmen betreiben nachhaltiges Wirtschaften schon seit Jahrzehnten. Doch es besteht das Problem, dass uns der internationale Blick verwehrt wird, da wir den Kommunen rechenschaftspflichtig sind und uns auf das Versorgungsgebiet konzentrieren sollen. Diese Einschränkung führt dazu, dass wir Großkonzernen die internationalen Entwicklungen überlassen. Wir diskutieren über kommunale Aufgaben und Nachhaltigkeit und verfügen über Know-how in der Kommunalwirtschaft, das wir einbringen wollen. Wir sind mit dem BMZ dabei, erste Projekte zu entwickeln, und würden gerne strukturiert und nachhaltig mit kommunalen Partnern auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Dafür brauchen wir aber ein politisches Votum und müssen vorher einige Rechtsfragen klären.

**Moderation:** *Frau Buße, was ist Ihr Erfolgsgeheimnis für die seit 2005 bestehende Dreieckspartnerschaft mit den Gemeinden Stare Miasto in Polen und Machniwka in der Ukraine?*



Maja Buße

**Maja Buße:** Wir leben die Partnerschaft mit Herz und stecken viel Engagement hinein; das bekommen wir wieder zurück. Durch den Austausch lernen wir viel voneinander und bekommen ein gesteigertes Bewusstsein für andere Lebenswelten. Leider besteht für uns aktuell die Herausforderung, die Bevölkerung von Mittenwalde mitzunehmen, da die Akzeptanz und Unterstützung für die Partnerschaftsarbeit sinkt.

**Moderation:** *Herr Dr. Felmberg, wie sehen die nationalen Rahmenbedingungen und Pläne des BMZ aus?*

**Dr. Bernhard Felmberg:** Das Miteinander in der Einen Welt muss sich verändern, hier wollen wir vorangehen. Das betrifft unter anderem Fragestellungen im Bereich der Lieferketten, wo die Situation der Menschen vor Ort von unserem Konsumverhalten abhängt. Der Bund hat jedes Jahr ein Beschaffungsvolumen in Milliardenhöhe; wenn Nachhaltigkeit als Ausschreibungskriterium stärker gewichtet wird, dann hat das Auswirkungen auf die ganze Welt. Die Kommunen sind hier teils schon viel weiter. Die Themen der Agenda 2030 müssen in die Breite getragen werden und so wollen wir den Dialog mit den Kommunen, aber auch mit den Ländern und anderen Institutionen verstärken. Dann ist eine neue Dimension durch das Thema Flucht entstanden, wo sich die Frage stellt, wie zum einen hier vor Ort die Versorgung gewährleistet werden kann, und zum anderen die Lebensbedingungen im Herkunftsland verbessert werden können. Bei allem ist der Blick auf die gesamte Welt für uns entscheidend. Die kommunale Zusammenarbeit mit Herz, Hand und Verstand erscheint das Richtige, um reifer im Umgang mit der Welt zu werden.

**Moderation:** *Inwiefern sind die Pläne des BMZ und die Angebote der SKEW von Bedeutung für Ihre Arbeit?*

**Dr. Carola Stein:** An die Themen des Ministeriums können die Länder andocken. Die vielfältigen Angebote der SKEW passen sehr gut. Im Bund-Länder-Ausschuss sind viele Ideen entstanden und neue Programme angeregt worden, so auch die hilfreichen Koordinatorenstellen für Kommunale Entwicklungspolitik. Hier wünschen wir uns allerdings noch längerfristige Unterstützung.

**Maja Buße:** Wir sind grundsätzlich sehr dankbar und zufrieden. Die Antragsstellung läuft sehr unkompliziert, doch wir haben Schwierigkeiten mit der Abrechnung. Hier hätten wir jemanden bei uns in Mittenwalde gebraucht, der dieses Fachwissen stellen und die zeitlichen Ressourcen aufbringen kann.

**Moderation:** *Herr Specht, was wären aus der Sicht der Verbandsmitglieder die Erwartungen an das BMZ und den Bund, damit die kommunalen Unternehmen aktiv werden können?*

**Karsten Specht:** Das wäre zum einen das Thema Personal und Finanzierung, zum anderen auch die Entwicklung von nachhaltigen Projekten; denn für den Betrieb einer Anlage ist langfristiges Know-how unabdinglich. Wir brauchen Möglichkeiten, langfristig vor Ort bzw. im Austausch zu sein, um die Fähigkeiten für Betrieb und Instandhaltung aufzubauen, genauso wie geeignete Strukturen und intelligente Steuerung. Deshalb meine dringende Bitte: Wenn es den politischen Willen gibt, dann brauchen wir eine Grundfinanzierung und institutionelle Basis für internationales Engagement. Ein weiterer Punkt umfasst die nachhaltige Beschaffung, denn hier kommen wir unter dem Postulat der Wirtschaftlichkeit an unsere Grenzen. Auch hier brauchen wir klare politische Botschaften und politisches „Commitment“, wie Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit zusammen gedacht werden sollen; und diese Botschaften müssen auch bis in die untersten Hierarchien von Behörden, politischen Organisationen und sonstigen Institutionen herangetragen werden.

**Dr. Bernhard Felmberg:** Ich bin auf Ihrer Seite, dass Bürokratie pragmatischer werden muss, aber bei der Abrechnung müssen wir die Vorgaben des Bundesrechnungshofes einhalten. Engagement Global bietet Schulungen sowohl zur Antragsstellung als auch zu Abrechnungsfragen an; diese lassen sich zukünftig vielleicht auch regional anbieten. Die Koordinatorenstellen sind eine wichtige Unterstützung vom Bund, aber Nachhaltigkeit entsteht auch durch die

eigenverantwortliche Weiterführung nach der Anstoßfinanzierung. Im Hinblick auf die Ausbildung von Fachpersonal sollten wir systemische Ansätze entwickeln, zum Beispiel nach dem Modell der dualen Ausbildung. Darüber hinaus eignet sich der internationale Austausch, den Perspektivwechsel anzuregen.



*Die Teilnehmenden im Plenum*

## Öffnung für das Plenum

**Frage aus dem Plenum:** *Ich beobachte mit großer Dankbarkeit, dass das BMZ nun stärker mit den Kommunen zusammenarbeiten möchte. Aber es wächst die Schere zwischen Angebot und Absorptionsfähigkeit. Der kommunale Eigenmittelanteil ist begrenzt, es geht nicht ohne das dauerhafte Engagement des Bundes.*

**Dr. Bernhard Felmberg:** Bei den Angeboten müssen die Kommunen auswählen und entscheiden, was sie leisten können und wollen. Bei dem vielfältigen Angebot sollte für alle etwas dabei sein.

**Dr. Carola Stein:** Kommunale Entwicklungspolitik ist eine freiwillige Aufgabe, das heißt, die Finanzierung ist für die Städte und Gemeinden immer schwierig. Die Aufgabe müsste als politische Aufgabe der Kommunen installiert werden. Vor einigen Jahren wurde zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen von der damaligen Landesregierung ein Euro pro Bürgerin bzw. Bürger für entwicklungspolitische Bildungsarbeit zur Verfügung gestellt. Das hat der kommunalen Entwicklungspolitik einen enormen Aufschwung beschert. Vielleicht lässt sich so eine Idee bundesweit auf die Kommunale Entwicklungspolitik übertragen.

## 4. Workshops zu Themen rund um die Kommunale Entwicklungspolitik

Am Nachmittag konnten sich die Teilnehmenden in Workshops, welche die Servicestelle gemeinsam mit kommunalen Praktikerinnen und Praktikern und Akteuren der Hansestadt Lübeck gestaltete, über die zahlreichen Facetten kommunalen entwicklungspolitischen Engagements informieren und austauschen. In rund einem Dutzend Workshops konnten sie aktuelle Themen der Kommunalen Entwicklungspolitik erörtern und vielfältige Möglichkeiten des globalen Handelns auf lokaler Ebene kennenlernen. Zu den zentralen Themen gehörten unter anderem sozialverantwortliche Beschaffung von Berufsbekleidung, Formen der Bürgerbeteiligung im Rahmen kommunaler Projektpartnerschaften, 17 Ziele für die Kommune von morgen und Unterstützungsangebote kommunalen Engagements.

### 4.1. Viel zu tun, aber leere Kassen – Tipps zu finanziellen Fördermöglichkeiten durch Engagement Global

**Moderation:** Dr. Britta Milimo, Jessica Schwenteit, Peter Finger, Christina Kleinbach (SKEW)

In diesem Workshop wurden die Instrumente der SKEW zur finanziellen und personellen Förderung vorgestellt. Dabei lag der Fokus auf den Instrumenten „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (Nakopa), dem „Kleinprojektfonds kommunale Entwicklungspolitik“ und der „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“. Zunächst berichteten zwei kommunale Akteure von ihren Erfahrungen mit den Instrumenten.



*Diskussion im Workshop 1*

**Daniel Nevaril von der Stadt Nürnberg** berichtete über den Beginn der Partnerschaft zwischen Nürnberg und Nablus im Westjordanland und das Nakopa-Projekt „Installation und Netzintegration einer Photovoltaikanlage auf der Kläranlage in Nablus/Palästina“, das Nürnberg im Rahmen dieser Zusammenarbeit seit Anfang 2016 durchführt. Die Bildungsmaßnahme „Jenseits von Krieg – Alltag in Gaza“ wurde im Jahr 2018 im „Kleinprojektfonds kommunale Entwicklungspolitik“ bewilligt. Hier werden Nürnberger Bürgerinnen und Bürger über die Partnerschaftsarbeit der Stadt Nürnberg informiert und zur aktiven Mitwirkung motiviert. Darüber hinaus ist seine Kollegin Karin Gleixner seit 2017 als Koordinatorin für Kommunale Entwicklungspolitik in Nürnberg tätig. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind die Agenda 2030 und Partnerschaftsarbeit mit Kommunen aus dem Globalen Süden. Dabei steht insbesondere der Aufbau einer neuen Partnerschaft mit einer Kommune in einem afrikanischen Land im Vordergrund.

**Helena Jansen** arbeitet als **Koordinatorin für bezirkliche Entwicklungspolitik beim Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg in Berlin**. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Fairer Handel, Faire Beschaffung, der Ausbau der kommunalen Partnerschaft mit San Rafael del Sur und Bildung für nachhaltige Entwicklung. Zur Förderung von Gesundheit, Klimaschutz und Fairem Handel im Verwaltungsalltag führt das Bezirksamt mithilfe des Kleinprojektfonds und in Kooperation mit der Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung ein Projekt mit dem Titel „Friedrichshain-Kreuzberg kocht gesund, klimafreundlich und fair!“ durch. Zudem koordiniert Helena Jansen das Nakopa-Projekt „Klimaschutz durch Renaturierung eines ehemaligen Kalkabbaugebiets sowie Umweltbildung in San Rafael del Sur“.

Die Teilnehmenden bekamen nun die Gelegenheit, in drei Kleingruppen Informationen zu den einzelnen Instrumenten zu erhalten. Dabei wurden insbesondere Themen wie Antragsberechtigung, Abrechnungen, aber auch Mitwirkungsmöglichkeiten und Einbindung von Ideen migrantischer Gruppen an den Projekten diskutiert. Die Gruppen sprachen auch über ihre Herausforderungen, zum Beispiel die Erbringung des kassenwirksamen Eigenanteils.

## 4.2. Mitwirkende gesucht!

### Wie mobilisiere ich in meiner Kommune für entwicklungspolitisches Engagement?

**Moderation: Katrin Blume, Hanna Ewert, Karin Barwick (SKEW)**

Die Kurzvorträge von **Christiane Overmans (Stadt Bonn/RGRE<sup>1</sup>)**, **Johanna Pulheim (Stadt Köln)**, **Angela Gewiese (Landkreis Enzkreis)** und **Karsten Wittke (Stadt Baruth/Mark)** verdeutlichten, dass die klare Zuordnung des Themas Entwicklungspolitik (zum Beispiel in einem Ausschuss) sowie die explizite Rollenzuteilung in der Verwaltung ihm mehr politische Aufmerksamkeit verschafft. Gleichzeitig sollte das Thema auch durch politische Repräsentanz in Vereinen und anderen kommunalen Begegnungsforen in die breite Öffentlichkeit getragen werden. Umgekehrt finden aktive Bürgerinnen und Bürger auf genau diesem Wege Zugang zur Politik – durch den direkten und persönlichen Kontakt. Die Referierenden bestätigten, dass kommunale Nachhaltigkeit und entwicklungspolitisches Engagement Anerkennung für die Politik und ihre Kommune bringen und einen Mehrwert in den Augen der Bevölkerung schaffen. Durch regelmäßige Berichterstattung in Lokalzeitungen und anderen Kanälen erfahren die Bürgerinnen und Bürger regelmäßig über kommunale Projekte und können zum Mitmachen begeistert werden. Das Zusammenspiel mit der Zivilgesellschaft bringt der Kommune einen großen Pool an Expertise und Erfahrung, sodass beide Seiten von der Zusammenarbeit profitieren. Nach den Impulsvorträgen wurden in Kleingruppen folgende Fragen und Erfolgsfaktoren diskutiert:

#### **Kommunales Eigeninteresse oder emotionale Bindung – welche Faktoren führen zu Engagement?**

- Die Unterstützung des Bürgermeisters bzw. der Bürgermeisterin ist Voraussetzung für erfolgreiches kommunalpolitisches Engagement und kann auch weitere Kommunen motivieren, sich zu engagieren.
- Landesverordnungen können das Engagement auf lokaler Ebene unterstützen und rechtfertigen.
- Gute Beispiele von anderen Kommunen sind motivierend und überzeugend (besonders für Einsteiger).

<sup>1</sup> Rat der Gemeinden und Regionen Europas (Deutsche Sektion).

- Indem entwicklungspolitische Ansätze mit den Alltagsthemen in der Kommune verbunden und in den entsprechenden Ausschüssen eingebracht werden, können die Themen innerhalb der Zuständigkeiten verortet und als Querschnittsaufgabe integriert werden.
- Türöffner für Überzeugungsarbeit: das Gegenüber kennen und im Gespräch emotionale Bindung zu entwicklungspolitischen Projekten herstellen.

#### Wie lässt sich das Thema in der Politik platzieren?

- Aktive lokale Akteure üben Druck aus und tragen Themen sowohl an die breite Bürgerschaft heran als auch an die Politik (Möglichkeiten zum Kontakt: Bürgeranfrage in den Stadtrat einbringen, politische Akteure über lokale Vereine persönlich ansprechen).
- Koordinatoren und Koordinatorinnen für kommunale Entwicklungspolitik sind geeignete Ansprechpersonen in der Verwaltung – eine Verlängerung ihrer Verträge kann zur Verstetigung von Projekten führen.



Austausch im Workshop 2

#### Kooperation zwischen kommunaler Verwaltung und Zivilgesellschaft: Wie kann gemeinsames Engagement funktionieren?

- Steuerungskreise oder Runde Tische inklusive paritätischer Besetzung einberufen → lokale Akteure unterstützen die Kommune; diese kann wiederum durch Einladungen oder Bereitstellung von Räumen zusätzlich beitragen.
- Effekt: Aufgaben werden auf viele Schultern verteilt und langfristiges Engagement wird gesichert.

- Die Kommune kann auf bestehende Netzwerke, Kanäle und Infrastruktur zurückgreifen, um das Thema zu platzieren, zum Beispiel durch Musikwettbewerbe, Sportvereine oder Bildungseinrichtungen.

*„Öffentliche Veranstaltungen, um zum Beispiel Aufmerksamkeit für Fair Trade zu erzeugen, müssen Spaß machen!“*

*„Auch eine kleine Kommune wie Baruth/Mark kann einen wirksamen Beitrag zur Förderung der Nachhaltigkeitsziele beitragen.“*

#### 4.3. Fairer Einkauf kommunal: Wie sozialverantwortliche Beschaffung am Beispiel Berufskleidung gelingen kann

##### Moderation: Ann-Kathrin Voge (SKEW)

Zu Beginn sammelten die Teilnehmenden Fragen in Kleingruppen zum Thema Fairer Handel und Faire Beschaffung. Neben dem Bedarf an Praxisbeispielen standen drei Aspekte im Vordergrund:

- **Strukturen:** Welchen Nutzen haben Ratsbeschlüsse? Sind sie ein gutes Mittel für mehr Rechtssicherheit auf Umsetzungsebene? Wie kann der Schritt vom Beschluss zur Umsetzung erfolgen? Wie lassen sich dezentrale Einkaufsstrukturen überwinden oder nutzen? Wie lassen sich Einkaufsgesellschaften oder -gemeinschaften bilden, die sozialökologisch handeln? Wie lässt sich Faire Beschaffung dauerhaft in einer Kommune verstetigen?
- **Mobilisierung:** Wie lassen sich Mitarbeitende bei der Berücksichtigung von sozial-ökologischen Kriterien mitnehmen? Wie lässt sich die Öffentlichkeit mobilisieren? Wie können kommunale Spitzenverbände zur Unterstützung Fairer Beschaffung gewonnen werden? Wie können Unternehmen dafür gewonnen werden, sich an Ausschreibungen mit Sozialkriterien zu beteiligen und sich auf Änderungsprozesse und Anforderungen einzulassen?
- **Überprüfbarkeit:** Welchen Sinn machen freiwillige Selbstverpflichtungen und Eigenerklärungen? Wie kann man falsche Zertifikate erkennen? Wie kann man die Einhaltung der Kriterien prüfen?

Aufbauend auf diesen Fragen stellte **Marie-Luise Lämmle**





Birte Detjen berichtet im Workshop 3 über die Erfahrungen in Bremen

(SKEW) die Problemlage in der Bekleidungsindustrie sowie die Unterstützungsangebote der SKEW und anderer Institutionen vor, um fair gehandelte Ware zu beschaffen. **Birte Detjen (Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung der Freien und Hansestadt Bremen)** berichtete über den Umsetzungsprozess und die verbundenen Erfolge in Bremen, welche die Stadt in die heutige Vorreiterrolle brachten. **Horst Hesse (Steuerungsgruppe Fairtrade Stadt Lübeck)** erläuterte das Vorhaben der „Fairen Hanse“ im Rahmen der „Neuen Hanse“ und des „Hansetages“ 2018 in Rostock. Außerdem wurde kurz das MUPASS-Kooperationsprojekt<sup>2</sup> der SKEW mit dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) vorgestellt, das internationale Umsetzungserfahrungen und Dialogprozesse erforscht. Die anschließende Diskussion wurde von vier Themen dominiert: das Beispiel strategischen Einkaufs in Bremen, Zentralisierung des Einkaufs als Instrument, um Faire Beschaffung effektiv einführen zu können, die Bedeutung des Preises und die Auswirkungen der Rücknahme verpflichtender Vorgaben im reformierten Tarifreue- und Vergabegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (TVgG NRW) nach dem Wechsel der Landesregierung. Im Zuge der Beiträge und der Diskussion können folgende Ergebnisse des Workshops festgehalten werden: Faire Beschaffung ist in der Praxis umsetzbar – juristisch, finanziell und strukturell. **Die Struktur des Beschaffungswesens ist von großer Bedeutung für die Art der Umsetzung.** Zentrale Stellen und ein gemeinsamer Einkauf von mehreren Bereichen, Ämtern oder Kommunen erleichtern die Bündelung von Mengen und Know-how. Dezentrale Strukturen und ein kleiner Ausschreibungsumfang ermöglichen dagegen eine flexiblere Handhabung und eine direkte Angebotsanfrage an Unternehmen, die bereits sozial verantwortlich produzieren.

**Weitere Infos:** Kommunale Umsetzungsbeispiele inklusive der Ausschreibungsunterlagen lassen sich im „Kompass Nachhaltigkeit“ finden ([www.kompass-nachhaltigkeit.de](http://www.kompass-nachhaltigkeit.de)). Der Kompass sowie der „Wegweiser durch das Label-Labyrinth“ der Christlichen Initiative Romero ([www.ci-romero.de](http://www.ci-romero.de)) eignen sich zum Vergleich und zur Auswertung von Gütezeichen.

#### 4.4. Die Kommune bewegt die Welt: Mit Migrantinnen und Migranten den Fairen Handel stärken

**Moderation: Felicitas Schuldes und Kevin Borchers (SKEW)**

**Diana Rode, Koordinatorin für Kommunale Entwicklungspolitik in Saarbrücken,** stellte vor, wie sich Saarbrücken dem Thema „Fairer Handel“ widmet und mit Fragen zu Auswirkungen von Migration in den Herkunftsländern verbindet. Die Strukturen der Stadt Saarbrücken in diesen beiden Themenfeldern verdeutlichen das Bemühen, Projekte und Maßnahmen an thematischen Schnittstellen zu platzieren. Dies geschieht zum Beispiel auch durch eine übergreifende Koordinierungsstelle, die Themen gezielt zusammen denkt, Akteure vernetzt und übergreifende Lösungsansätze anstößt. Dies findet unter der starken Partizipation von migrantischen Organisationen statt.

**Redouan Aoulad-Ali vom Forum für soziale Innovation in Solingen und Projektleiter der Initiative „Faire Moschee“** berichtete von den Zielen und Herausforderungen seiner Arbeit. In deutschen Moscheegemeinden besteht einerseits Interesse, sich zu Nachhaltigkeits- und entwicklungspolitischen Themen zu engagieren. Andererseits gebe es häufig noch großen Informationsbedarf zu kommunalen Ansprechpersonen, strukturellen Gegebenheiten vor Ort sowie finanziellen und personellen Engpässen. Die Initiative „Faire Moschee“ ziele darauf ab, Kommunen und Moscheen zu diesen Themen zusammenzubringen, Sensi-

<sup>2</sup> Municipalities Promoting and Shaping Sustainable Value Creation (MUPASS) – Public Procurement for Fair and Sustainable Production.

bilisierung für Nachhaltigkeit und entwicklungspolitische Themen wie den Fairen Handel zu schaffen und gleichzeitig weitere Expertinnen und Experten zu diesen Themen aus der Kommune mit ins Boot zu holen. Durch die Vernetzung und den Informationsaustausch werde der Faire Handel gestärkt und neue Zielgruppen gewonnen.

Im Rahmen von Arbeitsgruppen konnten die Teilnehmenden geeignete Akteure für eine Zusammenarbeit in ihrer Kommune identifizieren. Viele machten sich dadurch erstmals Gedanken über mögliche Partner und entwickelten kurzfristig Vernetzungs- und Kooperationsformate.

Darüber hinaus wurden folgende Leitfragen diskutiert:

#### **Worin liegen die Potenziale, Migration, Migrantinnen und Migranten als Akteure und den Fairen Handel zusammen zu denken?**

- Grundsätzlich bietet das Thema Fairer Handel den Migrantinnen und Migranten die Möglichkeit, selbst aktiv zu werden und/oder ihr Fachwissen einzubringen.
- Über das Thema Fairer Handel können Migrantinnen und Migranten sich stärker politisch einbringen.
- Das Thema Fairer Handel gewinnt an Authentizität und Qualität durch die Einbindung von Migrantinnen und Migranten.
- Die Einbindung von Migrantinnen und Migranten – hier im Fairen Handel – wirkt sich positiv auf die Zusammenarbeit und damit das allgemeine Gemeinschaftsgefühl in einer Kommune aus.



*Diskussion im Workshop 4*

- Das Thema Fairer Handel könnte vermehrt in die Bildungsarbeit einfließen und durch gemeinsame Aktionen wie Kochen mit fair gehandelten Zutaten aus den unterschiedlichen Regionen der Welt behandelt werden.

#### **Was fehlt, um diese Potenziale zu nutzen?**

- Ansprechpartner und -partnerinnen für Migrantinnen und Migranten in der Kommunalverwaltung, um die Menschen bei bestimmten Themen mitzunehmen;
- Informationsangebote über engagierte Akteure und Beteiligungsmöglichkeiten im Bereich Fairer Handel seitens der Verwaltung;
- interkulturelle Öffnung der Verwaltung → mehr Menschen mit Migrationserfahrung in der Verwaltung und/oder Beratung durch (migrantische) Organisationen;
- geeignete Begegnungsformate, um a) den Fairen Handel zu thematisieren und b) Menschen mit und ohne Migrationserfahrungen zusammenzubringen;
- Anerkennung der Kompetenzen von Migrantinnen und Migranten;
- bei allen Bestrebungen der Annäherung und Zusammenarbeit sollte die Zivilgesellschaft jedoch unabhängig bleiben und einen kritischen Gegenpol zur Verwaltung bilden, sodass sich beide Seiten über den Diskurs gegenseitig befruchten.

**Insgesamt wurde festgestellt, dass Migrantinnen und Migranten den Fairen Handel durch ihre Kompetenzen stärken können und Multiplikatoren sind, die das Thema entscheidend in die Breite tragen können.**

#### **4.5. Die Welt bewegt die Kommune: Mit Geflüchteten globale Zusammenhänge verdeutlichen**

**Moderation: Jennifer Ichikawa (SKEW),  
Katrin Bäumer (Sprint)**

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit wird seit Jahrzehnten von zivilgesellschaftlichen Akteuren angeboten. Doch auch den Kommunen kommt hier eine wichtige Rolle zu: Gerade im Kontext des Fluchtgeschehens kann die kommunale Ebene über globale Zusammenhänge aufklären und eigene Handlungsmöglichkeiten aufzeigen. Als Initiatorin entwicklungspolitischer Bildungsarbeit kann eine Kommune schon in der Planungsphase lokale migrantische

Organisationen und Eine-Welt-Vereine, aber auch ortsansässige Menschen mit Fluchterfahrung einbinden. So können Angebote entstehen, die passgenau auf die Bedarfe der jeweiligen Kommune zugeschnitten sind und inhaltlich durch die Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren gewinnen. Gleichzeitig kann die Vernetzung der Kommunalverwaltung mit diesen und weiteren kommunalen Akteuren wie beispielsweise Museen oder der Volkshochschule nachhaltig gestärkt werden.



Gruppenarbeit im Workshop 5

**Jennifer Ichikawa (SKEW)** präsentierte konkrete Beispiele aus fünf Modellkommunen (Gemeinde Aidlingen, Landkreis Gießen, Stadt Neuruppin, Stadt Osnabrück, Kreis Plön), die seit 2017 am Pilotprojekt „Kommunen als Initiatoren entwicklungspolitischer Bildungsarbeit“ teilnehmen. Anschließend stellten **Heidelore Fink-Knoblach (Fachbereichsleiterin der Bürgerdienste)** und **Thorsten Kolar (Amt für Wirtschaftsförderung) der Stadt Hofheim am Taunus** als Vertreterin/Vertreter einer weiteren Modellkommune den Prozess der lokalen Erarbeitung eines Bildungsangebots dar. Herausgekommen ist ein *barcamp* unter dem Motto „Unfair, nicht mit dir!“, das junge Menschen ab 16 Jahren motivieren soll, ihre Stadt nachhaltiger, fairer und sozialer zu gestalten. Das Projekt ermutigt zur Entwicklung eigener Projekte und zur Teilnahme an bereits vorhandenen lokalen Projekten rund um die Themen Fairer Handel und Nachhaltigkeit und wird über den Kleinprojektfonds der SKEW gefördert. Ab 2019 wird die SKEW weitere Kommunen bei der lokalen Erarbeitung entwicklungspolitischer Bildungsangebote vor Ort unterstützen. Interessierte Kommunen haben die Möglichkeit, sich diesbezüglich an Jennifer Ichikawa von der Servicestelle zu wenden.

**Folgende Kernbotschaft lässt sich aus dem Workshop ableiten:** Die lokalen Aushandlungsprozesse zur Themenfindung und zur Zielgruppe der entwicklungspolitischen Bildungsmaßnahme sind für den Erfolg der Maßnahme und für die Beteiligung der Akteure bei der Umsetzung zentral. Wer ein Projekt von Anfang an mitgestaltet hat, wird eher motiviert sein und sich an der Umsetzung beteiligen. Für diesen Prozess ist eine gute Moderation erforderlich. Zudem sollte die politische Spitze der Kommune bzw. des Landkreises hinter dem Projekt stehen, da sonst die Umsetzung erschwert wird.

#### 4.6. Kommunale Partnerschaften neu denken: Die Agenda 2030 als Perspektivwechsel

**Moderation: Teresa Fellingner und Vera Strasser (SKEW)**

In dem Workshop wurden Möglichkeiten aufgezeigt und diskutiert, wie Kommunen in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit gemeinsam an der Umsetzung der Agenda 2030 arbeiten und Lokalisierungsprozesse gestalten können. Zunächst berichtete **Anna Konrad (Koordinatorin für Kommunale Entwicklungspolitik der Stadt Gelsenkirchen)** von den Erfahrungen im Projekt „Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften“ der SKEW. Durch die gemeinsame Entwicklung von Maßnahmen zur Lokalisierung der Agenda 2030 mit der Partnerstadt Zenica (Bosnien-Herzegowina) konnte auch die fachübergreifende Zusammenarbeit innerhalb Gelsenkirchens gestärkt werden; kommunale Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik werden vermehrt zusammen gedacht und unterschiedliche Akteure an deren Ausgestaltung und Umsetzung beteiligt. **Karsten Wittke (Koordinator für Kommunale Entwicklungspolitik der Stadt Baruth/Mark)** betonte, dass die Agenda 2030 ein Werkzeug- und Methodenkasten sei, der innerhalb der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Murun (Mongolei) beiden Kommunen eine Struktur mit gleichen Zielen vorgebe und somit eine gleichberechtigte Partnerschaft auf Augenhöhe ermögliche. **Johanna Reimers von der Freien Hansestadt Bremen** ergänzte, dass SDG-Partnerschaftskonferenzen, die in Kooperation mit der Servicestelle organisiert und durchgeführt werden, die Kommunen zu einem partnerschaftlichen Dialog und Fachaustausch zur Agenda 2030 befähigen. Beteiligte Kommunen könnten Projektideen zur Bekanntmachung und



*Erfahrungsberichte im Workshop 6*

Umsetzung der Agenda 2030 entwickeln, um sie anschließend im Rahmen der Partnerschaftsarbeit gemeinsam zu implementieren.

#### **Weitere Erkenntnisse aus der Diskussion:**

- Es ist notwendig, die Komplexität der Agenda 2030 herunterzubrechen, indem ein Bezug zum Alltag und zur Lebenswirklichkeit der lokalen Bevölkerung hergestellt wird.
- Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik ist eine Aufgabe für alle. Die Herausforderung besteht darin, die Bevölkerung dafür zu sensibilisieren, dass lokales Handeln globale Auswirkungen hat. Dabei darf der Spaß nicht fehlen.
- Kleine Erfolgserlebnisse können zur weiteren Umsetzung der Agenda 2030 motivieren.
- Die Umsetzung der Agenda 2030 sollte mit Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) verknüpft werden.
- Das Einbeziehen der Zivilgesellschaft und von Menschen mit Migrationserfahrung ist von hoher Bedeutung, da sie als Bindeglieder in globalen Partnerschaften fungieren.
- Die Expertise und die guten Beispiele zur Bekanntmachung und Umsetzung der Agenda 2030 aus dem Globalen Süden erfahren bei den deutschen Partnerkommunen eine große Wertschätzung. Diese haben oft die Erfahrung gemacht, dass die Agenda 2030 in den Kommunen im Globalen Süden bekannter ist als in der eigenen Kommune.
- Begegnungsreisen sind unerlässlich und schaffen emotionale Bindung zwischen den Kommunen.
- Partnerschaften bieten die Chance eines Werte- und Kulturwandels auf beiden Seiten.

Durch ihren universellen Charakter bietet die Agenda 2030 kommunalen Partnerschaften einen gemeinsamen Bezugsrahmen, wodurch der wechselseitige Austausch zwischen den Partnern befördert wird. Gleichzeitig stellt die Agenda 2030 auch die Kohärenz der lokalen Politik auf den Prüfstand.

#### **4.7. 17 Ziele für die Kommune von morgen! Verbindung von integrierter Kommunalentwicklung in Deutschland und globaler Verantwortung**

**Moderation: Sebastian Dürselen und  
Silja-Kristin Vogt (SKEW)**

Die Relevanz der Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen zeigt sich für die Kommunen darin, dass Themen der Nachhaltigkeit und der Entwicklungspolitik integriert betrachtet werden können. Für die Umsetzung der Ziele spielen die Systematik der Lokalisierung der Agenda 2030 und das Managementsystem (Leitbilder, Maßnahmen- und Strategieentwicklung) auf kommunaler Ebene eine entscheidende Rolle. Diese Aspekte machen auch einen Unterschied zur Lokalen Agenda 21 aus.

Als Beispiele berichteten die Städte **Münster** und **Kirchheim unter Teck** von ihren Aktivitäten: Beide haben die Musterresolution zur Agenda 2030 unterzeichnet. Bezüglich der Verwaltungsstruktur geht Kirchheim unter Teck als gutes Beispiel voran: Das Referat für Nachhaltigkeit ist bei der Oberbürgermeisterin und somit an der politischen Spitze angesiedelt. Die Stadt Münster hat eine Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt, deren operative Ziele gerade zur Verabschiedung im Rat liegen. Danach kommt es auf die Umsetzung, die Evaluierung und das Monitoring an.

In der weiteren Diskussion nannten die Teilnehmenden **Erfolgsfaktoren** für die Umsetzung der Agenda 2030, wie zum Beispiel die Organisation (zum Beispiel über Gremien), Beteiligungsformate sowie die Entwicklung von Maßnahmen und Pilotprojekten. Zudem besprachen sie mögliche **Indikatoren** zur Messung der globalen Verantwortung einer Kommune, unter anderem die Anzahl der Begegnungen und Projekte mit Kommunen im globalen Süden oder der Umfang des kommunalen Einkaufs von fair gehandelten Produkten. Die Indikatoren sollten als Grundlage für Ver-



Erfahrungsberichte im Workshop 6

waltungsbeschlüsse und Haushaltsplanungen dienen. Für das SDG 10 („Weniger Ungleichheiten“) wurde neben der Einkommensverteilung zudem die Vermögensverteilung als ein neuer Indikator vorgeschlagen.

Einige Teilnehmende wiesen auf die Wichtigkeit hin, Wirtschaftsakteure bei der Entwicklung einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie einzubinden. Kommunen könnten beispielsweise Bildungsangebote für nachhaltige Entwicklung für ortsansässige oder kommunale Unternehmen schaffen.

Kommunen sollen sich verstärkt als **„Vernetzer der Vernetzten“** sehen. Es geht darum, Synergien zu erkennen und zu bündeln, anstatt Parallelstrukturen bei der Umsetzung der Agenda 2030 zu schaffen. Es könnte beispielsweise eine Online-Plattform geschaffen werden, auf der alle Akteure mit ihren Aktivitäten und Kontaktdaten zu finden sind.

Ab Ende Juni 2018 sollen die „SDG-Indikatoren für Kommunen“ auf [www.wegweiser-kommune.de](http://www.wegweiser-kommune.de) online gestellt werden, welche die SKEW gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung entwickelt hat. Die Aktualität des lokalen Ansatzes zeigt sich auch darin, dass das Projekt „Global – Lokal: Agenda 2030 VerOrten“ als **Leuchtturmprojekt 2018 der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie** ausgezeichnet wurde. Dieses umfasst den **Lokalisierungsansatz der Agenda 2030** von der Servicestelle mit den Angeboten „Global Nachhaltige Kommune“ und „Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften“.

*„Wenn wir über die monetäre Erfassung von Nachhaltigkeit sprechen, dürfen wir nicht fragen, was uns Nachhaltigkeit kostet; wir müssen fragen, was es uns kostet, wenn wir nicht nachhaltig handeln!“*

## 4.8. Inklusion in kommunalen Partnerschaften

**Moderation: Nadja Bonarius (SKEW)**

Der Workshop beschäftigte sich mit den entwicklungspolitischen Leitlinien zum Thema Inklusion. Zentral waren die Fragen, welche Bedeutung Inklusion für die Entwicklungspolitik hat und wie das Thema in der kommunalen Partnerschaftsarbeit verankert werden kann.

**Sarah Meschenmoser von der Christoffel-Blindenmission (CBM)** stellte den menschenrechtsbasierten Ansatz sowie die Verankerung von Inklusion als Querschnittsaufgabe der deutschen Entwicklungszusammenarbeit vor und deutete die Relevanz des Themas für kommunale Partnerschaften an. Im Anschluss zeigte **Stefan Wagner (Leiter des Amtes für Internationales und globale Nachhaltigkeit der Stadt Bonn)** am Beispiel der Zusammenarbeit zwischen Bonn und Ramallah (palästinensische Gebiete), wie das Thema Inklusion in die konkrete kommunale Projektpartnerschaft eingebracht werden kann. Die beiden Städte planen auf Wunsch der palästinensischen Partner gemeinsam die Einrichtung eines „Garden of Senses“ in Ramallah, einen Garten der Sinne, der die Sinneswahrnehmung der Besucherinnen und Besucher fördert. Während einer Delegationsreise palästinensischer Vertreterinnen und Vertreter nach Bonn wurde die Arbeit mit praxisnahen Erfahrungen verbunden; so fand gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen eine Stadtführung statt, die für alle sehr lehrreich war. Die Projektidee der Kommunen wurde während der Connective-Cities-Veranstaltung „Inklusive Städte: Städtische und soziale Entwicklung für alle“ (Bonn, Mai 2018) vorgestellt und weiter konkretisiert. Internationale kommunale Praktikerinnen und Praktiker und Expertinnen und Experten stellten dort Projektansätze und Erfahrungen aus erster Hand in der inklusiven Stadtentwicklung vor. **Alexander Wagner (SKEW)** präsentierte die Ergebnisse ebenfalls auf diesem Workshop.

Im Anschluss diskutierten die Teilnehmenden die Bedeutung von Inklusion in den unterschiedlichen kommunalen Aufgabenbereichen. Durch Stadtentwicklung oder Infrastrukturmaßnahmen gestalten Kommunen das Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger und haben damit die Chance, Inklusion zu verwirklichen. Zudem verwiesen die Teilnehmenden auf ein breites Inklusionsverständnis: Erkenntnisse zu Inklusion von Menschen mit Behinderungen lassen sich auch auf die Inklusion von Menschen mit Migrationshintergrund oder andere benachteiligte Gruppen übertragen.

## Inklusion – Grundlagen

- Legitimations- und Verpflichtungsgrundlagen: UN-Behindertenrechtskonvention (unterstützt einen menschenrechtsbasierten Ansatz, fordert gleiche Rechte für Menschen mit Behinderung), Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (Prinzip „Niemanden zurücklassen“) und die Inklusionsstrategie des BMZ (Fertigstellung voraussichtlich Ende 2018 erwartet)
- Paradigmenwechsel: Von einem ursprünglich defizitären Verständnis sieht der Diversity-Ansatz Behinderungen als Bestandteil menschlicher Diversität;
- Zweigleisiger Ansatz in der Entwicklungszusammenarbeit: Inklusion als Mainstreaming und behinderungsspezifische Projekte; dies kann auch ein guter Anknüpfungspunkt für die Arbeit in kommunalen Partnerschaften sein.



Sarah Meschenmoser sprach im Workshop 8 über das Thema Inklusion

*Inklusion fängt im Zusammenleben an!*

*Inklusion ist nicht optional, sondern unabdingbar für Kommunalpolitik und die internationale Zusammenarbeit!*

## Weitere Aspekte aus der Diskussion:

- Herausforderung: wenig Interesse und Anreize der Kommunen, sich mit Inklusion zu beschäftigen und das Thema in der eigenen Arbeit stärker aufzugreifen;
- starke Selbstreflexion und Förderung von *ownership* (= Selbstverpflichtung) auf allen Ebenen notwendig; besonders auch im Bereich der Stadtentwicklung;
- Erhöhung der Sichtbarkeit in den Kommunen, um Bewusstsein der Bevölkerung aufzubauen;
- stärkere Einbindung von zivilgesellschaftlichen Akteuren, Stakeholdern und Kontaktaufnahme mit Behinderten-Selbsthilfeorganisationen der Bundesländer;
- möglicher Ansatz: *Community Based Inclusive Development*<sup>3</sup>

## 4.9. Chancen und Herausforderungen der Zusammenarbeit mit Kommunen im Nahen Osten und Nordafrika

### Moderation: Wencke Müller (SKEW)

Wencke Müller (SKEW) gab zu Beginn des Workshops einen Impulsvortrag zur Region Naher Osten und Nordafrika (Middle East and North Africa – MENA) und den Projekten der SKEW zur MENA-Region, bei denen mehr als 40 deutsche Kommunen aktiv sind. Anschließend lieferte der Vortrag von Martina Sabra (Journalistin und Projektgutachterin) einen Einblick in die aktuellen Entwicklungen auf kommunaler Ebene in der MENA-Region. Im Zuge der Transformationsprozesse in der Region bestehen heute vor allem Herausforderungen im Bereich Stadtplanung bzw. Urbanisierung, Dezentralisierung und Privatisierung (des öffentlichen Sektors). Die zentralistischen Strukturen führen dazu, dass die Kommunen kaum über eigene Mittel verfügen; zudem fehlen in vielen Ländern kommunale Dachverbände, um die Bedarfe der lokalen Ebene zu kommunizieren und vertreten. Die Stärkung kommunaler Strukturen und deren Kompetenzen ist daher ein wichtiger Bestandteil der kommunalen Entwicklungspolitik und kann durch kommunale Akteure aus Deutschland unterstützt werden.

<sup>3</sup> Weitere Infos: <https://www.cbm.org/Community-Based-Inclusive-Development-250825.php>.



Melis Schmid im Workshop 9

**Praxisbeispiele:** Die Vorträge von **David Linse (Stadt Mannheim)** und **Melis Schmid (Stadt Stuttgart)** gaben Einblicke in die bestehende partnerschaftliche Zusammenarbeit in der MENA-Region der Städte und zeigten praktische Beispiele von Projekten der Kommunalen Entwicklungspolitik, welche teilweise durch Förderung der SKEW umgesetzt wurden. Die Zusammenarbeit zwischen Mannheim und Kilis (Türkei) entstand auf Initiative von Migrantinnen und Migranten aus Mannheim. Die Projektpartnerschaft zielt darauf ab, die Bildungs- und Berufschancen von Frauen zu verbessern sowie syrische und türkische Frauen zusammenzubringen, da Kilis stark von dem Zuzug von Geflüchteten geprägt ist. Mit Hebron (palästinensische Gebiete) arbeitet die Stadt Mannheim seit 2013 in den Bereichen Abwassermanagement und Existenzgründungsförderung zusammen. Die Stadt Stuttgart führt mit der Partnerkommune Mennzel Bourguiba (Tunesien) einen Jugendaustausch zum Thema Jugendarbeitslosigkeit durch.

Im weiteren Verlauf diskutierten die Teilnehmenden Herausforderungen und Chancen bei der kommunalen Partnerschaftsarbeit in der MENA-Region.

#### Herausforderungen

- Konflikte und Kriege in der Region beeinflussen die Entwicklungschancen auf lokaler Ebene.
- Durch die Vielfalt von Akteursgruppen entstehen Unsicherheiten in der Aufgabenverteilung und -verantwortung.
- Es besteht die Gefahr der Politisierung von Projektvorhaben.
- Wie kann aus einer kurzfristig angelegten Projektzusammenarbeit eine langfristige Zusammenarbeit entstehen?

- Zivilgesellschaftliche Vorschläge werden häufig nicht direkt von der Politik unterstützt. Wie können die Bedarfe der Zivilgesellschaft, der Verwaltung und der Politik abgestimmt bzw. zusammengebracht werden?
- Die deutsche Partnerseite schreckt häufig aufgrund von Sprachbarrieren, Sicherheitsaspekten und Unsicherheiten in Bezug auf Religion vor einer Partnerschaft zurück. Dazu trägt auch das Bild der Region bei, welches von der medialen Berichterstattung vermittelt wird.

#### Chancen

- Kommunaler Austausch mit anderen deutschen Kommunen, die Partnerschaften in die Region pflegen.
- Die Einbindung migrantischer Akteure bietet eine große Chance im Kontext der Zusammenarbeit mit der MENA-Region.
- Die Zusammenarbeit zwischen Kommunen fördert den Austausch auf der lokalen Ebene und leistet damit einen Beitrag zur Verständigung in Konfliktsituationen.
- Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern fördert die Stärkung kommunaler demokratischer Strukturen.
- Deutsche Institutionen, die in den Partnerländern der MENA-Region angesiedelt sind, können die Zusammenarbeit gut unterstützen; so lässt sich beispielsweise an die bilaterale Entwicklungspolitik anknüpfen, um den politischen Rückhalt zu bekommen.
- Es besteht ein großes Interesse an einem Austausch zu Verwaltungsstrukturen von der Partnerseite. Durch fachlichen Wissenstransfer können beide Seiten in unterschiedlichen Themen neue Perspektiven entwickeln.



Gespräche im Workshop 10

#### 4.10. Demokratie stärken – Formen der Bürgerbeteiligung im Rahmen kommunaler Projektpartnerschaften

##### Moderation: Dr. Stefanie Hanke (SKEW)

Dieser Workshop initiierte einen Erfahrungsaustausch zu unterschiedlichen Modellen bürgerschaftlichen Engagements und von Beteiligungsverfahren, um darauf aufbauend die Frage zu diskutieren, wie diese Themen in kommunale Partnerschaftsarbeit einfließen können. **Raffael Beier (Ruhr-Uni Bochum)** erläuterte zunächst einige Definitionen des Begriffs Partizipation, da sich Interpretation und Verständnis des Begriffs je nach Kontext verändern. **Desbina Kallinikidou (Stadt Oberhausen)** berichtete von der Zusammenarbeit mit Saporishja (Ukraine) zum Thema Bürgerbeteiligung. Zunächst wurde dabei ein gemeinsames Verständnis über den Begriff entwickelt. Auf beiden Seiten erfolgte die Einrichtung von Projektgruppen, in denen Vertreterinnen und Vertreter der Politik eingebunden waren. Unter anderem fand ein Austausch zwischen Jugendparlament und Jugendrat statt. **Toni Loosen-Bach und Lea Horak von der Stadt Trier** stellten Verfahren in Trier zur Bürgerbeteiligung bei haushaltsrelevanten Fragen und die anlaufende Zusammenarbeit mit der Stadt Chefchaouen (Marokko) zu diesem Thema vor.

##### Im Zuge der anschließenden Arbeitsgruppen und Diskussionen wurden folgende Punkte aufgegriffen:

- Nicht für jeden Bereich ist die gleiche Stufe von Beteiligung notwendig; in manchen Fällen reicht eine gute Informationsarbeit, an anderer Stelle ist wiederum die Übertragung von Kompetenzen sinnvoll.
- Der Begriff Bürgerbeteiligung wird an vielen Stellen genutzt, zum Beispiel auch in Förderanträgen, aber weniger gelebt; so wird oft die Partnerkommune bei der Projektentwicklung nicht ausreichend einbezogen, obwohl es gute Instrumente dafür gibt. So gibt es beispielsweise die Möglichkeit, von der SKEW finanzielle und inhaltliche Unterstützung für fachlichen Austausch und die gemeinsame Entwicklung eines gemeinsamen Projektes zu erhalten. Jedoch sollte auch hier stets die Offenheit für andere Verfahren bewahrt werden, die nicht dem europäischen Muster entsprechen, um die Zusammenarbeit auf Augenhöhe nicht zu unterminieren.
- Erfolgsfaktoren für eine gelungene Bürgerbeteiligung:
  - Informationen müssen für die Bevölkerung verfügbar, verständlich aufbereitet und transparent sein;
  - klare Zielsetzung der Bürgerbeteiligungsverfahren (Was soll erreicht werden?);
  - breite Aufstellung des Prozesses;
  - Ängste der Menschen ernst nehmen, die sich bei dem Vorhaben/Prozess benachteiligt fühlen;
  - bei kommunalen Partnerschaften sollten die Anliegen von beiden Seiten beachtet werden;
  - Rechenschaft ablegen, das heißt, Rückmeldung dazu geben, was mit den Vorschlägen passiert ist.
- Einige Teilnehmende waren der Meinung, dass lokale Bürgerbeteiligungsverfahren in Deutschland nicht gut genug wären, um sie im Rahmen einer kommunalen Partnerschaft einzubringen. Da Kommunen in anderen Ländern in diesem Bereich vielleicht viel weiter sind, könnten die deutschen Kommunen hier selbst lernen und vom Erfahrungsaustausch profitieren.



#### 4.11. Umwelt und Klimawandel – Fachaustausch in kommunalen Partnerschaften

##### Moderation: Clemens Olbrich (SKEW)

Dieser Workshop initiierte einen Erfahrungsaustausch zum Themenfeld „Umwelt und Klimawandel“ und wurde in zwei Runden mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunktthemen durchgeführt. Während der ersten Runde des Workshops lag der Schwerpunkt auf dem Thema erneuerbare Energien und Energieeffizienz, in der zweiten Runde wurden die Themen Grünflächenmanagement, Biodiversität, Umweltbildung und Urban Gardening in den Fokus genommen. Zunächst gab Clemens Olbrich (SKEW) einen Überblick über die Engagementmöglichkeiten für kommunale Partnerschaften im Themenfeld Umwelt und Klimaschutz bei der Servicestelle. Dazu gehörte unter anderem das Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“.

Die Relevanz und Aktualität des Workshopthemas zeigte sich konkret in den Vorträgen über umgesetzte Projekte der Klimapartnerschaft **Würzburg – Mwanza (Tansania)**, der Know-how-Partnerschaft **Delitzsch – Schowkwa (Ukraine)**, der Städtepartnerschaft **Berlin-Lichtenberg – Maputo-KaMubukwa (Mosambik)** sowie der Präsentation der Urban-Farming-Aktivitäten der **Grünen Liga**. Dr. Bernd Schmitt (Stadt Würzburg) repräsentierte die 2011 gegründete Klimapartnerschaft mit Mwanza, die aus einer über 50 Jahre andauernden Städtepartnerschaft hervorgegangen ist. Gemeinsam hat die Partnerschaft schon viele große und kleine Projekte umgesetzt. Darunter auch ein Nakopa-Projekt, bei dem es um die Ersetzung von kerolinbetriebenen Fischerlampen, die umweltverschmutzend und gefährlich sind, durch Solarlampen geht. Die Projektumsetzung verfolgt einen Ansatz der Mikrofinanzierung, wodurch bisher 500 beteiligte Familien erreicht werden konnten.<sup>4</sup> Die Know-how-Partnerschaft Delitzsch – Schowka existiert seit 2013. Bei ihrer ersten Begegnungsreise stellten die Partner bereits fest, dass sie **mehr verbindet als trennt**. Derzeit setzt die Partnerschaft ein Projekt zur energetischen Sanierung öffentlicher Einrichtungen um, gefördert durch das Schnellstarterpaket im Rahmen des SKEW-Projektes „Kommunale Partnerschaften

mit der Ukraine“. Susanne Laudahn (SODI, Berlin-Lichtenberg) stellte die Aktivitäten der Städtepartnerschaft Berlin-Lichtenberg – Maputo-KaMubukwa im Rahmen des gemeinsam durchgeführten Nakopa-Projektes zur Umsetzung und institutionellen Verankerung von Umweltbildung und Umweltschutz in KaMubukwa vor. Der letzte Input erfolgte durch Karen Thormeyer (Grüne Liga), die von den Aktivitäten ihres Vereins und von Engagementmöglichkeiten für Kommunen in den Themen Urban Gardening, Grünflächenmanagement als Klimaanpassungsmaßnahme und Umweltbildung durch Schüleraustausche und Schulgärten berichtete.



Teilnehmende im Workshop 11

Die Vorträge und Diskussionen konnte zeigen, dass die gemeinsame Durchführung von Förderprojekten oder die Teilnahme an Projektprozessen wie beim Projekt der „Kommunalen Klimapartnerschaften“, bestehende Partnerschaftsbeziehungen intensivieren und auf eine neue Ebene der Zusammenarbeit heben kann. Auf diese Weise können auch neue Themenbereiche erschlossen werden. In der Gruppe wurden einige **Erfolgsfaktoren** für Partnerschaftsarbeit zum Thema „Umwelt und Klima“ diskutiert:

- Eine **ähnliche kommunale (Infra-)Struktur der Städte**, wie beispielsweise dezentrale Versorgung durch Fernwärme, Blockheizkraftwerke oder Photovoltaik, begünstigen einen regen und gewinnbringenden Austausch zwischen den Partnern.
- Ähnliche **Interessenschwerpunkte** können ausschlaggebend für eine gelingende Partnerschaft zwischen Kommunen bzw. Landkreisen sein.

<sup>4</sup> Der Projektfilm ist abrufbar unter: <https://skew.engagement-global.de/aktuelle-mitteilung/neues-video-solarlaternen-fuer-die-fischer-am-viktoriasee.html>.



Frauke Wiprich aus Kiel berichtete im Workshop 12

- Die **Einbindung vieler Akteure** – und aller politischen Fraktionen – trägt zum Erfolg einer (Klima-) Partnerschaft wesentlich bei (breite Zustimmung in der Öffentlichkeit, Transparenz). Besteht partnerschaftliche Vereinsarbeit, gibt es weniger Widerstände in der Bevölkerung.
- Um **nachhaltige Wirkungen** zu erzielen, ist es neben dem kommunalen Fachaustausch essenziell, die Partner konkret nach ihren Ideen und Bedarfen zu fragen und die Situation vor Ort kennenzulernen. Nur so lässt sich eine bedarfsorientierte Zusammenarbeit auf Augenhöhe realisieren.

Die Gruppe war sich einig, dass die Umsetzung konkreter Maßnahmen und Projekte dort stattfinden sollte, wo die Auswirkungen besonders zu spüren sind, nämlich vor Ort bzw. auf kommunaler Ebene. Offen blieb die Frage, wie weitere Kommunen zum Mitmachen motiviert werden können. Der Austausch zwischen den deutschen Kommunen kann hierbei einen großen Beitrag leisten.

#### 4.12. Auf dem Weg zur nachhaltigen Kommune: Projekte und Erfahrungen aus Lübeck und Schleswig-Holstein

**Moderation: Dr. Anke Butscher**  
(Anke Butscher Consult)

In diesem Workshop kamen in der ersten Runde Akteure aus Lübeck und in der zweiten Runde aus dem Land Schleswig-Holstein zusammen und diskutierten den aktuellen Stand der Umsetzung der Agenda 2030 im nördlichsten Bundesland und in der Gastgeberstadt. Zunächst begrüßte **Lübeck's Umweltsenator Ludger Hinsen** die Teilnehmenden und wies darauf hin, dass Lübeck's Geschichte eng mit dem Stadtwald verknüpft sei. **Knut Sturm (Bereich Stadtwald der Hansestadt Lübeck)** ergänzte, dass die Stadt mit dem Erhalt des Waldes wichtige Umweltarbeit leiste, was bisher jedoch nicht monetär umgerechnet werde.

*„Wir sollten nicht fragen, wie sich eine Maßnahme auf die Umwelt auswirkt (wie die Umweltverträglichkeitsprüfung), sondern wie sich die Umwelt auf Maßnahmen auswirkt, das heißt, wie sich Umweltwirkungen in zukünftige Vorhaben integrieren lassen.“*

In der **ersten Workshoprunde** ging es um **nachhaltige Stadtentwicklung und nachhaltigen Handel**. **Prof. Frank Schwartze** von der Fachhochschule Lübeck unterstrich in seinem Input zum Thema, dass es für die **nachhaltige Gestaltung der Urbanisierung** und die damit verbundenen Herausforderungen essenziell sei, auf **integriertes Planen statt auf Abwägung** zu setzen. Das Zusammendenken von verschiedenen Sektoren ergebe einen neuen Aufbau der Planungsorganisation; Anpassungsmaßnahmen müssten in langfristige Planungsprozesse eingebunden werden, was ein Nachhaltigkeitsdenken auf verschiedenen Ebenen erfordere. Zudem müssten Konsequenzen mithilfe von Indikatoren sichtbar gemacht werden. **Christian Stolte (Bereich Stadtplanung der Hansestadt Lübeck)** stellte anschließend den Zukunftsdialog „Lübeck:überMorgen“ vor, der auf einer breiten Bürgerbeteiligung zu verschiedenen Themen basiert. Die Anregungen der Bürgerschaft sollen dann in die einzelnen Planwerke der Stadt einfließen.

**Dr. Jan Verwey (Geschäftsführer Entsorgungsbetriebe Lübeck)** betonte, dass im Hinblick auf die Müllvermeidung ein Bewusstseinswandel notwendig sei. Die Abfallmenge in Deutschland betrage 400 Millionen Tonnen pro Jahr. Für die Abfuhr von Abfällen der privaten Haushalte sind in den Kommunen die örtlichen Entsorgungsbetriebe zuständig. Seitens der Wirtschaft stehen zudem die Produzenten und der Handel in der Pflicht. Um insbesondere Plastikmüll zu vermeiden, läuft in Lübeck derzeit die große Kampagne „Wir für Bio“; für die Vermeidung von Plastiktüten sind die Verbraucherinnen und Verbraucher ebenso wie der Handel wichtige Partner. Der Verein **Lübeck-Management** ist als Interessenvertretung der Gewerbetreibenden eine Schnittstelle für solche Fragen. Es fand bereits ein Runder Tisch zum Thema Mehrweg-Trinkbecher statt, wo zukünftig noch weitere Themen zur Plastikvermeidung aufgegriffen werden könnten. Besonders bei größeren Konzernen fungieren die Plastiktüten und Becher jedoch auch als Werbeträger. In Lübeck wird derzeit ein Pilotprojekt für Pfandbecher eingeführt, wie **Birgit Hartmann (Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz)**

berichtete. Bei **EVG Landwege e.G.** lässt sich bereits unverpackt einkaufen: **Klaus Lorenzen** unterstrich, dass dies in erster Linie eine Veränderung der Gewohnheit bei den Konsumentinnen und Konsumenten bedeute; aber es gehe auch darum, dass die Ware in Mehrwegbehältern im Laden angeliefert werde.

In der **zweiten Runde** ging es um die **Verankerung der SGDs in den Kommunen Schleswig-Holsteins**. Die Kommunen Klixbüll, Kiel und Lübeck berichteten hier von ihren Erfahrungen. **Klixbüll** initiierte im Jahr 2016 das **E-Car-Sharing-Projekt „Dörpsmobil“**, das einen Beitrag zu neun SDGs leistet. Die **Landeshauptstadt Kiel** führte zunächst eine Bestandsanalyse durch. Das Gleiche passiert gerade in **Lübeck**. Beispielhaft wurden zwei aktuelle Themen vorgestellt, welche die SDGs aufgreifen. Klimaschutzmanagerin **Andrea Witt** berichtete von dem Vorhaben, verschiedene städtische Pläne und Konzepte der Landschaftsplanung und der Anpassung an den Klimawandel aufeinander abzustimmen und zusammenzuführen. Sie betonte die **Wichtigkeit von guten Kommunikationswegen sowie Aufgeschlossenheit und Freiräumen innerhalb der Verwaltung, um nachhaltige Zukunftswege zu durchdenken, genauso wie die Bereitschaft von politischen Akteuren, dies zu unterstützen**. Zudem plädierte sie für eine **ressortübergreifende Herangehensweise** mit entsprechenden Verantwortlichkeiten. In Lübeck findet zudem seit einigen Jahren der **„Interkulturelle Sommer“** statt, der viele bestehende Angebote und neue Ideen kostenlos und niedrigschwellig zusammenführt, und jedes Jahr auf größere Resonanz stößt. Die Volkshochschule (VHS) koordiniert das Projekt und will sich dem Thema Nachhaltigkeit nun auch stärker zuwenden. **Als Schnittstelle zwischen Verwaltung, Bevölkerung und Bildung stellt die VHS einen geeigneten Akteur dar, um Aktivitäten in diesem Bereich voranzutreiben**.

Am Ende waren sich die Teilnehmenden einig, dass es sowohl **Schlüsselakteure** braucht, um Dinge voranzubringen, als auch die **politische Rückendeckung** (auch von kommunalen Spitzenverbänden). Es sei wichtig, sichtbar zu machen, dass Nachhaltigkeit in alle Bereiche hineinspielt.



Abendessen mit musikalischer Begleitung von „MAX AND FRIENDS“

## 5. Abendempfang



Dr. Stefan Wilhelmy

Mit einem Abendempfang wurde der erste offizielle Veranstaltungstag abgerundet.

Hier widmete sich **Dr. Stefan Wilhelmy, Bereichsleiter der Servicestelle**, dem 30-jährigen Jubiläum der Bundeskonferenz mit einem kurzen Rückblick auf die Ergebnisse der bisherigen Konferenzen. Vom Mainzer Kongress 1988 bis heute wurden durch dieses Ver-

anstaltungsformat wichtige inhaltliche Akzente im zivilgesellschaftlichen und im kommunalpolitischen Bereich gesetzt.

Welche Aufforderungen wurden seit 1988 formuliert und was haben diese „Botschaften“ bewirkt?

Die Ergebnisse sind recht unterschiedlich. Die Neunzigerjahre zeichneten sich besonders durch politisch ausgerichtete Forderungen aus. Wichtige Themen waren dabei

**Die Mainzer Erklärung von 1988** hebt die Bedeutung von lokalem Handeln und dem Denken als Weltbürger hervor: *„Kommunale Nord-Süd-Arbeit soll dazu beitragen, Diskussions- und Veränderungsprozesse zu fördern. Damit kann auf lokaler Ebene ein Beitrag zur notwendigen Veränderung im Nord-Süd-Verhältnis unserer Gesellschaft, aber auch in Europa und den globalen Strukturen geleistet werden. Nicht mehr, aber auch nicht weniger!“*

die Förderung der zivilgesellschaftlichen Nord-Süd-Arbeit sowie die Konsolidierung der Nord-Süd-Foren. Die 6. BUKO (Bonn, 1996) wurde erstmals auch im Namen von Kommunen veranstaltet. Auf der 8. BUKO (Bonn, 2001) zeigte sich, dass wichtige Forderungen der BUKOs seit 1988 erfüllt wurden: Mit mehreren politischen Beschlüssen auf Bundesebene wurde die kommunale Ebene in der Entwicklungspolitik jetzt umfassend anerkannt. So trat die Bundesregierung im Jahr 2001 dem Nord-Süd-Zentrum des Europarates bei, darüber hinaus wurde die „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ eingerichtet.

Ab 2002 bis heute gab es dagegen konkrete Handlungsempfehlungen, wie etwa die Schaffung von „Kommunalen Klimapartnerschaften“. Dr. Stefan Wilhelmy freute sich auf die Ergebnisse der BUKO in Lübeck und leitete mit dem Zitat von Willy Brandt „Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten“ zum kulturellen Rahmenprogramm des Abends mit viel Zeit für den informellen Austausch über.



Der Strom für die Lichtenanlage wurde mit Fahrrädern generiert

## 6. Zukunftsvision: Kommunale Entwicklungspolitik im Jahr 2021

Der zweite Konferenztag diente der Erarbeitung von Impulsen und Ideen zur Weiterentwicklung der Kommunalen Entwicklungspolitik. Zum Einstieg fand eine Podiumsdiskussion statt, bei der folgende Personen vertreten waren:

- **Dr. Doris Witteler-Stiepelmann**, Referatsleiterin Referat Z33, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- **Saliou Gueye**, Koordinator für kommunale Entwicklungspolitik, Stadt Ludwigsburg
- **Dr. Stefan Wilhelmy**, Bereichsleiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global
- Moderation: **Julia Pfänder und Alexander Thamm**

**Moderation:** *Die Kommunale Entwicklungspolitik befindet sich in einem Wandel. Was ist in den letzten Jahren passiert und wo stehen wir heute?*

**Dr. Stefan Wilhelmy:** Die Anzahl der engagierten Kommunen hat sich in den letzten Jahren stark erhöht; mittlerweile sind es über 750 Kommunen. Die bundesweite Vernetzung hat zugenommen, hier sind viele Netzwerke entstanden, die Akteure und Themenfelder werden zunehmend gestärkt. Mit der Agenda 2030 lässt sich zudem die Entwicklung hin zu ressortübergreifenden Lösungsansätzen beobachten, genauso wie den steigenden Bedarf an kommunalen Gesamtstrategien. Auch das Thema Migration hat Aufwind bekommen, sodass derzeit mehr Angebote für migrantische Akteure geschaffen werden.

**Moderation:** *Wo lassen sich die politischen Schwerpunkte für Kommunale Entwicklungspolitik vonseiten des Ministeriums verorten?*



*Dr. Doris Witteler-Stiepelmann*

**Dr. Doris Witteler-Stiepelmann:** In den letzten 30 Jahren hat sich das Thema Kommunale Entwicklungspolitik sehr stark verändert. Ein wichtiger Auslöser war der Tsunami in Asien 2004, der zu dem Ausbau der Kommunalen Entwicklungspolitik führte. Mittlerweile gibt es einen eigenen Haushaltstitel, der immer weiter aufgestockt wird, zuletzt auf rund 25 Millionen für die SKEW und die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit für das Jahr 2018. Der aktuelle Minister Dr. Gerd Müller sieht seine Aufgabe darin, gemeinsam mit den Kommunen eine neue, weitere Säule der Entwicklungspolitik aufzubauen. Diese gewinnt immer mehr an Bedeutung und die Erkenntnis steigt, dass Kommunen eine wichtige Rolle bei globalen Fragen spielen. Dieser Trend zeigt sich auch international: Wir ordnen uns in die Beschlüsse der Europäischen Union ein und auch die Agenda 2030 hebt die lokale Ebene explizit hervor; die Lokalisierung der SDGs ist ein wichtiges Thema auf internationaler Ebene und gibt uns dadurch Rückenwind. Besonders ist aber unser Ansatz, eng mit den Akteuren zusammenzuarbeiten, was sich unter anderem in der BUKO begründet. Wir haben das Feld zusammen mit vielen Akteuren aufgebaut und die Instrumente an den Bedarfen der Akteure ausgerichtet.

**Moderation:** *Herr Gueye, wie nehmen Sie das aus der Sicht der Kommune wahr?*

**Saliou Gueye:** Ludwigsburg engagiert sich seit über zehn Jahren in Burkina Faso. Die Stadt setzt sich mit ihrem Stadtentwicklungskonzept, ihrem Engagement in Afrika und mit der Koordinierungsstelle für Kommunale Entwicklungspolitik für Nachhaltigkeit in Deutschland und im Globalen Süden ein. Seit 2014 haben wir eine kommunale Klimapartnerschaft mit der Stadt Kongoussi (Burkina Faso). Globale Fragestellungen und internationale Zusammenarbeit sind keine herkömmlichen Aufgaben der Kommune und wir müssen uns oft dafür rechtfertigen; wir finden aber genügend Argumente, zum Beispiel mit den Themen Klimawandel oder Flucht. Wir möchten uns dieser gemeinsamen Verantwortung stellen und begeben uns auf den Weg. Eine wichtige Frage für mich ist, wie wir mit der Vielfalt umgehen können – wissend, dass Vielfalt per se kein Reichtum ist, aber es zur Stärke werden kann, wenn sie anerkannt, geschätzt und gelebt wird.



Saliou Gueye

**Moderation:** *Welche nationalen und internationalen Eckpunkte setzen den Rahmen für die gleich stattfindenden Zukunftsforen?*

**Dr. Doris Witteler-Stiepelmann:** Die Agenda 2030 bleibt unserer Rahmen, ihre Umsetzung ist eine anspruchsvolle Aufgabe und fordert auch die Kommunen, da viele Themen auf kommunaler Ebene stattfinden – wie auch der Klimawandel, Urbanisierung und Bevölkerungswachstum. Die Lokalisierung der Agenda 2030 hat international einen wesentlichen Schwerpunkt eingenommen. Die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland fördert die Möglichkeiten der Kommunen, lokale Lösungen zu finden, die dann auch an anderen Orten anwendbar sind. Die Nutzung dieses Spielraums ist ein Schatz für die Entwicklungspolitik, den wir heben sollten. Zudem möchte ich auf eine neue Publikation der OECD zu dezentraler Entwicklungspolitik hinweisen, die zeigt, dass das Thema international aufgegriffen wird.<sup>5</sup> Sie unterstreicht, dass dezentrale Entwicklungspolitik ein guter Ansatz ist, um von einem Geber-Nehmer-Schema zu einem territorialen Ansatz zu kommen, der partnerschaftlich ausgestaltet ist. Zudem bietet es sich an, über den City-to-City-Ansatz hinaus einen Multi-Stakeholder-Ansatz zu verfolgen. Das haben die deutschen Kommunen durch die enge Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen bereits größtenteils systematisch integriert; hier ließe sich zum Beispiel in Richtung kommunale Unternehmen weiterdenken.

**Moderation:** *Wo sehen Sie Ansatzpunkte für die Zukunft? Was wünschen Sie sich für das Jahr 2030?*

**Dr. Stefan Wilhelmy:** Die SKEW kann Unterstützung und Instrumente bereitstellen, aber die Umsetzung liegt letztendlich bei den Kommunen. Es gibt immer mehr gute Ideen und Möglichkeiten, um Kommunale Entwicklungspolitik in die Breite zu tragen. Die Rahmenbedingungen haben sich also positiv geändert, die Themen bleiben aber dieselben. Vielleicht wirkt es ungeduldig, doch meiner Meinung nach müsste es schneller vorangehen, um der globalen Verantwortung wirklich gerecht zu werden. Vieles braucht zudem einen Vorlauf, bis sich Wirkung zeigt! Die nächsten Jahre sind deswegen entscheidend, um die entsprechenden Weichen zu stellen.

<sup>5</sup> Link zur Publikation der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: [https://www.oecd-ilibrary.org/urban-rural-and-regional-development/reshaping-decentralised-development-cooperation\\_9789264302914-en](https://www.oecd-ilibrary.org/urban-rural-and-regional-development/reshaping-decentralised-development-cooperation_9789264302914-en).



Gespräche am Tisch

Vielen Akteuren ist es darüber hinaus ein Anliegen, dass dem Thema Migration mehr Bedeutung zukommt. Außerdem erscheint es mir wichtig, dass im Rahmen der SDGs das Nachhaltigkeitsinstrumentarium und -management ausgebaut wird. Ein Bestandteil davon ist, Fortschritte über die Indikatoren messbar und sichtbar zu machen. Kommunale Nachhaltigkeitspolitik ist Pflichtpolitik – wenn auch nicht Pflichtaufgabe im Sinne der Gemeindeordnung; jeder hat die Pflicht, im Sinne der Nachhaltigkeit zu handeln. Es ist die Zukunftsaufgabe, deutlich zu machen, wie jeder dieser Verantwortung nachkommt. Deshalb wünsche ich mir für das Jahr 2030, dass kommunale Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik im Alltag angekommen ist und keine Überzeugungsarbeit mehr benötigt.

**Saliou Gueye:** Zunächst ein großes Lob an Engagement Global und an die SKEW, sie leisten hervorragende Arbeit und deswegen möchte ich Ihnen als Vertreter einer Kommune meinen Dank übermitteln. Ich würde mir wünschen, die Bürokratie weiter abzubauen (zum Beispiel in Bezug auf Projektabrechnung), damit wir mehr Zeit für effizientere Dinge gewinnen. Kommunale Entwicklungspolitik sollte stärker in die Stadtpolitik integriert werden, zum Beispiel in Stadtentwicklungskonzepte. In Ludwigsburg führen wir dazu eine Zukunftskonferenz durch. Die stärkere Einbindung von Migrantinnen und Migranten mit entsprechenden Fach-

Kultur- und Sprachkompetenzen spielt eine große Rolle. Ich wünsche mir für diese Aufgaben eine entsprechende finanzielle Ausstattung, nicht nur vom Bund, sondern auch durch die Übernahme von eigener Verantwortung in den Kommunen.

**Dr. Doris Witteler-Stiepelmann:** Ich wünsche mir, dass die Kommunale Entwicklungspolitik im Jahr 2030 zu einer eigenständigen Säule der Entwicklungszusammenarbeit geworden ist und dass es Normalität geworden ist, dass Kommunen globale Verantwortung wahr- und übernehmen.

*Publikumsbeitrag: „Ich wünsche mir, dass der Begriff Entwicklungspolitik sich irgendwann aufhebt und wir von internationaler nachhaltiger Zusammenarbeit sprechen.“*

## 7. Zukunftsforen

Anschließend beschäftigten sich die Teilnehmenden mit ausgewählten zukünftigen Schwerpunktthemen der kommunalen Entwicklungspolitik. In den parallel stattfindenden Zukunftsforen ging es unter anderem um den „Marshallplan mit Afrika“, Beschäftigungsförderung, kommunale Unternehmen, Migration und Flucht, fragile Staatlichkeit, Digitalisierung, Faire Beschaffung, Dreiecks- bzw. Mehreckspartnerschaften sowie SDGs und Indikatorenmessung. Die erarbeiteten Handlungsmöglichkeiten, Ideen und Rahmenbedingungen reichen von allgemeinen Punkten, wie der Ausweitung von finanziellen und personellen Unterstützungsangeboten, bis hin zu konkreten Forderungen.



Austausch im Zukunftsforum 1

### 7.1. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit im Kontext des „Marshallplans mit Afrika“

#### Moderation: Teresa Fellingner und Eva Heuschen (SKEW)

Mit dem „Marshallplan mit Afrika“ hat Bundesminister Dr. Gerd Müller 2017 ein Konzept vorgelegt, um die Entwicklung in afrikanischen Staaten durch Partnerschaften zu unterstützen und die Eigenverantwortung der afrikanischen Staaten zu stärken. Die Inhalte, Ziele und Chancen des „Marshallplans mit Afrika“ stellte **Lydia Heilen von der Global Marshallplan Foundation** vor. Der Plan sieht unter anderem vor, die Potenziale der rasanten Urbanisierung Afrikas zu nutzen und kommunale Partnerschaften auf Augenhöhe auszubauen. Die SKEW initiierte dazu gemeinsam mit dem BMZ drei Vorhaben, die Eva Heuschen kurz skizzierte: die beiden Länderpartnerschaften Bayern – Tunesien und Rheinland-Pfalz – Ruanda sowie das Projekt „Agenda 2030 – kommunaler Fachaustausch mit afrikanischen Partnern“.

**Wichtige Erkenntnisse:** Die Bekanntmachung und Umsetzung des „Marshallplans mit Afrika“ muss in den Kontext der internationalen Politik eingeordnet werden und kann nicht losgelöst von lokalen, nationalen und internationalen Agenden, wie zum Beispiel der Agenda 2063 der Afrikanischen Union, diskutiert werden. Das stärkere Einbeziehen der afrikanischen Diaspora ist unerlässlich, um die Potenziale kommunaler Partnerschaften zwischen deutschen und afrikanischen Kommunen bestmöglich auszuschöpfen und den Diskurs der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung des afrikanischen Kontinents auf Augenhöhe zu führen. Es ist ein „Marshallplan mit Afrika“ und nicht „für Afrika“.





Teilnehmende im Zukunftsforum 2

**Neue Themen und Handlungsfelder:** Die Teilnehmenden identifizierten folgende Themen, zu denen sich Kommunen in Zukunft verstärkt austauschen sollten:

- **Beschäftigungsförderung:** Am Beispiel der Überführung von informellen Betrieben in formelle (Klein-) Betriebe diskutierten die Anwesenden Methoden zur Identifikation der Bedarfe des informellen Sektors. Ein Instrument könnten unter anderem kommunale Beschlüsse sein, die mit informellen Genossenschaften und Unternehmen umgesetzt werden können.
- **Bildung und Forschung:** Bei Netzwerktreffen von Journalistinnen und Journalisten aus unterschiedlichen Ländern soll ein Wissenstransfer angeregt werden, der zu einer differenzierten Berichterstattung über Afrika führt. Relevante Stakeholder, die identifiziert wurden, sind unter anderem Verwaltung, Hochschulen, Presseämter, Reporter ohne Grenzen, Verlage und Journalistenverbände.
- **Umwelt:** Am Beispiel einer Umweltpartnerschaft, in der sich Kommunen zu Recycling- und Kompostieranlagen beraten, zeigte die dritte Arbeitsgruppe, dass Beschäftigungsförderung und Umweltschutz miteinander einhergehen können.

**Konkrete Anregung:** Bei der Planung neuer Projekte sollten bei Partnerschaftsprojekten keine Themen von den Fördergebern vorgegeben werden. Wichtiger wäre, die Partnerschaften in ihrer Zusammenarbeit zu begleiten und ihnen flexible Unterstützungsangebote zu bieten. Die teilnehmenden Kommunen sollten sich frei aussuchen können, zu welchen Themen sie arbeiten und auf welche Art und Weise sie zu diesen arbeiten möchten.

## 7.2. Lokalisierung und Messbarkeit der Agenda 2030

**Referent: Prof. Dr. Frank Schwartz,**  
**Fachhochschule Lübeck**

Seit Verabschiedung der Agenda 2030 existiert ein für alle Länder weltweit gültiges Rahmenwerk für nachhaltige Entwicklung. Sie ist daher eine Gemeinschaftsaufgabe mit neuer Qualität, weshalb auch Deutschland in der Pflicht ist, seinen Beitrag zu leisten. Im Rahmen des Forums wurden zunächst anhand eines Inputs von Prof. Dr. Frank Schwartz Beispiele aus Praxis und Forschung aus der nachhaltigen Stadtplanung vorgestellt. Dabei wurde deutlich, dass gerade in den Kommunen eine hohe Verantwortung herrscht, da kurze Konzeptions- und Planungsphasen einem sehr langen Wirkungszeitraum gegenüberstehen.

Im Verlauf des Forums wurden im Anschluss an den Input Anregungen zur Herangehensweise einer erfolgreichen Lokalisierung gesammelt und diskutiert. Hier ging es insbesondere, um die strukturellen Rahmenbedingungen, die in einer Kommune die Umsetzung der SDGs begünstigen bzw. erschweren. Der Begriff Lokalisierung umfasst in diesem Falle alle Maßnahmen der Kommune zur Bekanntmachung, Implementierung und Monitoring der 17 Ziele.

Zu Beginn lag der Fokus auf laufenden Aktivitäten, die bereits in den Kommunen erprobt sind. Neben Aktivitäten wie Bestandsaufnahmen in der Verwaltung, Strategieprozessen oder der Gemeinwohlbilanzierung sind auch viele niederschwellige Beispiele besonders wirksam, wie die Durchführung von öffentlichkeitswirksamen Aktionen. In Bonn wurde zum Beispiel im Rahmen von sogenannten SDG-Tagen zum Beispiel ein 17-Ziele-Kneipenquiz oder ein

Poetry-Slam durchgeführt. Dadurch wird eine „Mitmachkultur“ in der Kommune gefördert und die Bürgerschaft motiviert, stärker Berichte zur Zukunftsfähigkeit der Stadt einzufordern.

Konkrete **Herausforderungen** umfassen die Art und Weise der Beteiligung der Bürgerschaft bei der Erstellung von Strategien. Dafür müsse erst ein Bewusstsein geschaffen werden, damit überhaupt informierte Entscheidungen zu den einzelnen Nachhaltigkeitszielen getroffen werden können. Die Inhalte sollten bestmöglich schon in der Schule oder in außerschulischen Angeboten der Kommunen durch BNE-Maßnahmen gestärkt werden.

Ebenso mangelt es an konkreten Leitfäden und Begleitung, um Strategien zu entwickeln oder bestehende Berichte anhand erprobter und neuer Indikatoren fortzuschreiben. Dabei muss besondere Rücksicht auf die Verknüpfung mit Länder- und Bundesebene genommen werden und entsprechende Zuständigkeiten müssen geklärt werden.

**Konkrete Anregung:** Im Rahmen des Forums äußerten vielen Teilnehmende den Wunsch, die Maßnahmen zur Umsetzung der SDGs als Standard zu betrachten und damit die Umsetzung der SDGs übergreifend in der Verwaltung zu verankern. Zu diesem Zweck muss es unter anderem ein größeres Bildungsangebot für Verwaltungsmitarbeitende geben und auch eine Verstärkung der Prozesse über eine Stärkung der finanziellen und personellen Ressourcen in der Kommune.



*Austausch im Zukunftsforum 3*

### 7.3. Digitalisierung gestalten

#### **Moderation: Julia Probst und Oliver Schick (SKEW)**

Zu Beginn dieses Forums standen zwei Impulsreferate, einmal zum Thema „Digitalisierung in der Entwicklungszusammenarbeit“ (Björn Richter, GIZ) und anschließend zu „Chancen der Digitalisierung“ (Yannick Haan, Stadt Wolfsburg) im Vordergrund. Digitalisierung erfordert Wissenstransfer und Bildung. Benötigt wird geschultes Personal, das die Fähigkeit besitzt, Akteure aus Verwaltung und digitaler Community zu vernetzen und gegenseitiges Verständnis zu schaffen. Zum anderen bedeutet es die Vernetzung mit internationalen Partnern. Kooperative Kommunen können Fehler vermeiden, bevor sie entstehen.

Nach der Diskussion lassen sich folgende Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung zusammenfassen:

- Digitalisierung ist ein übergreifendes Thema mit großem Potenzial.
- Deutsche Kommunen können im Bereich der Partnerschaften nicht nur Ideengeber, sondern auch Ideennehmer sein.
- Es herrscht Unsicherheit zu bzw. Respekt vor dem Thema: Ist Digitalisierung regulierbar?
- Es besteht eine Wissensdifferenz zwischen Kommunalverwaltung und digitaler Community, sodass sich die Frage stellt, wie Impulse der Community in die Kommunalverwaltung einfließen können.
- Es wurde ein Bedarf an digitaler Bildung („Digitalisierung braucht Menschen, die sie verstehen.“) identifiziert.
- Die Teilnehmenden fordern eine Wertedebatte über Grenzen der Digitalisierung (Stichwort: künstliche Intelligenz und Datenschutz). Verantwortlichkeiten und ethische Fragen müssen definiert werden.
- Es werden Chancen gesehen, die Digitalisierung zur Lokalisierung der Agenda 2030 zu nutzen.

### Die Teilnehmenden definierten in folgenden Punkten einen Handlungsbedarf:

- Personelle Förderung von Koordinatorinnen bzw. Koordinatoren für Digitales (Aufgaben: unter anderem das Thema Digitalisierung steuern, Impulse geben, die digitale Community einbinden und deren Impulse für die Kommune verständlich aufbereiten und nutzbar machen);
- offenes und einheitliches E-Government in der Kommunalverwaltung;
- Bundes-E-Tool als Datenbank und ein offizieller Leitfaden;
- Schaffung einer digitalen Infrastruktur, die allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung steht (Zugang zu moderner Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT), kein Stadt-Land-Gefälle);
- digitales Know-how in der Bevölkerung identifizieren und durch die Einrichtung von offenen Stadtlaboren nutzbar machen (siehe bspw. [www.hackyourcity.de](http://www.hackyourcity.de)); diese Labore könnten auch als Fortbildung für Verwaltungsmitarbeitende eingesetzt werden;
- Schulung des Verwaltungspersonals in Bezug auf Digitalisierung.

*„Bei der Digitalisierung gibt es keinen Globalen Süden oder Norden mehr; im Globalen Süden gibt es bereits Antworten auf Fragen, die in Deutschland noch diskutiert werden.“*

## 7.4. Beschäftigungsförderung als Thema kommunaler Partnerschaften

**Moderation: Kurt-Michael Baudach und Hélène Pestel (SKEW)**

Eine der zentralen Herausforderungen der Entwicklungszusammenarbeit besteht darin, in Ländern des Globalen Südens mehr Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Dabei kommt auch lokalen und regionalen Gebietskörper-schaften eine wichtige Rolle zu, insbesondere zur Gestaltung eines förderlichen Umfelds für die Ansiedlung und Tätigkeit von Unternehmen.



*Diskussion im Zukunftsforum 4*

In einer allgemeinen Präsentation von der SKEW zum Einstieg in das Thema wurden die Herausforderungen in Ländern des Globalen Südens sowie Handlungsmöglichkeiten für Kommunen und Ansätze der Entwicklungszusammenarbeit behandelt. Anschließend stellte **Burak Bas von den Mannheimer Gründerzentren** die Erfolge der Projektpartnerschaft zwischen Mannheim und Hebron (palästinensische Gebiete) im Bereich der Existenzgründung vor. Das Vorhaben wird über Nakopa gefördert. Bei den anschließenden Diskussionen und Arbeitsgruppen wurden die folgenden Fragen bearbeitet:

### Welche Ziele bzw. welche Vorhaben möchten Kommunen bis 2021 erreichen?

- Ein besseres Verständnis für das Themenfeld durch mehr Informationen sowie die Ermittlung des Potenzials für kommunale Partnerschaften, zum Beispiel über einzelne Analysen bestehender Partnerschaften
- Die Einbindung von Unternehmen, insbesondere von kommunalen Unternehmen, in die Partnerschaften, um Unternehmen als Akteure von Partnerschaften zu gewinnen
- Das Themenfeld könnte sich für eine Partnerschaftsarbeit über Dreierb undnisse – zwei deutsche Kommunen und eine Partnerkommune – gut eignen; Inhaltliche Schwerpunkte: Schaffung von Arbeitsplätzen in kleinen und mittleren Unternehmen, Existenzgründung, Förderung der Ausbildung

### Welche Umsetzungsmöglichkeiten haben Kommunen, um sich in das Themenfeld einzubringen?

- Politische Unterstützung ist ein entscheidender Faktor für den Erfolg der Projekte. Die Formalisierung der Kooperationen, zum Beispiel eine Absichtserklärung, kann ein wichtiger Schritt für die Priorisierung der Vorhaben und die Selbstverpflichtung der Kommunen sein.
- Aufbau und Nutzung von Netzwerken mit den relevanten Akteuren, unter anderem auch Unternehmen, sowohl in Deutschland als auch vor Ort, um durch den Austausch zwischen den Kommunen von Synergien und Lerneffekten zu profitieren.
- Ein Schwerpunkt soll auf die Qualität der Ausbildung und auf Schulungen für Ausbilderinnen und Ausbilder gesetzt werden, zum Beispiel Kurztrainings für Handwerker in der Partnerkommune.
- Einbindung der lokalen Bevölkerung bei der Umsetzung von Partnerschaftsprojekten (zum Beispiel Training on the Job oder Mentoring-Maßnahmen).

### Letztlich wurden Impulse und Anregungen für das BMZ und die SKEW erarbeitet:

- Sichtbarkeit des Themas erhöhen, auch über Informationen und Transparenz, da es teilweise schon Aktivitäten zur Beschäftigungsförderung in bestehenden Vorhaben gibt.
- Klarer Bedarf an spezifischen Förderangeboten, zum Beispiel Austauschformate, Bereitstellung von guten Beispielen und Lernerfahrungen, um Anreize für das Engagement in diesem Bereich zu schaffen.
- Berücksichtigung von Kommunen im ländlichen Raum, die ebenfalls stark von der Problematik betroffen sind, aber andere Bedarfe in anderen Sektoren haben (zum Beispiel Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte, Verbesserung der Lieferketten); hier könnte der Austausch gefördert werden.
- Es sind Bedarfs- sowie Partnerschaftsanalysen erforderlich, um relevante Ansatzpunkte zu finden, die sich je nach Kontext der jeweiligen Kommune und ihrem Know-how unterscheiden.
- Unterstützungsformate, in denen die Partnerkommunen beraten werden (zum Beispiel durch die GIZ vor Ort), sollten ausgebaut werden.
- Das Thema Ausbildung soll präsender werden.

*„Das Thema Beschäftigung ist eine große Herausforderung aber man kann mit kleinen Maßnahmen anfangen: „Be fast, don't hesitate!“*

## 7.5. Kommunale Unternehmen

### Moderation: Alexander Wagner (SKEW)

Das Forum startete mit einer Podiumsdiskussion, an der **Miriam Danne (Verband Kommunaler Unternehmen, VKU)**, **David Linse (Leiter Fachbereich Vielfalt, Internationales und Protokoll, Stadt Mannheim)**, **Dr. Christoph Grammer (Staatsministerium Baden-Württemberg)**, **Britta Peters (Stadtreinigung Hamburg)** teilnahmen. Miriam Danne unterstrich, dass die Besonderheit des Engagements von kommunalen Unternehmen ihre Verfasstheit sei, was sich auf die Formen des Engagements und die Motivation auswirke; so dürften sie beispielsweise keine Wirtschaftsinteressen im Ausland verfolgen. Zur Zeit finde das Engagement hauptsächlich im Rahmen von kommunalen Partnerschaften statt, zum Teil aber auch durch eigenständige Projekte der Entwicklungszusammenarbeit. Der Verband begrüße es, dass das Thema auf der Bundeskonferenz besprochen wird, da das Know-how der kommunalen Unternehmen wertvoll für die Entwicklungszusammenarbeit und die Stärkung der Strukturen von kommunaler Daseinsvorsorge sei.



*Die Teilnehmenden des Zukunftsforums 5 erarbeiten Potenziale und Erfolgsfaktoren*

Anschließend folgten zwei konkrete Beispiele aus der Praxis: Die **Stadtreinigung Hamburg** engagiert sich international im Bereich Klimaschutz, um einen aktiven Beitrag zur Agenda 2030 zu leisten. Das Engagement erfolgt unter anderem im Rahmen der kommunalen Klima- und Städtepartnerschaft Hamburg – Dar es Salam, darüber hinaus beteiligt sich die Stadtreinigung bei Aktivitäten von Connective Cities. Bei der **Stadt Mannheim** ist die Fachzuständigkeit für die Aktivitäten mit der Partnerstadt Hebron beim kommunalen Eigenbetrieb zur Stadtentwässerung angesiedelt. Gemeinsam mit Hebron wurde hier die Entwässerung eines Stadtteils durch Planung und Bau einer Kanalisation verbessert. Für **Dr. Christoph Grammer** wäre es wünschenswert, kommunale Unternehmen stärker als strategische Bündnispartner einzubinden. Der Vorteil sei die Kombination von unternehmerischer und kommunaler Kompetenz.

Danach erarbeiteten die Teilnehmenden **Potenziale, Erfolgsfaktoren und konkrete Anregungen**:

**Potenziale und Erfolgsfaktoren:** Kommunale Unternehmen können sich mit den SDGs beschäftigen, im Fairen Handel bzw. der Fairen Beschaffung aktiv werden oder sich im Rahmen der Städtepartnerschaften einbringen, um dort gezielt zu Fachthemen zu beraten oder Projekte zu ergänzen. Erfolgreich kann das Engagement insbesondere dann sein, wenn es um das Kerngeschäft der kommunalen Unternehmen geht und gegebenenfalls ein konkreter Nutzen, wie zum Beispiel Personalgewinnung, Aufbau eines internationalen Profils, *Corporate-social-responsibility*-Aktivitäten entstehen und die Arbeitszeit der Mitarbeitenden kompensiert werden kann. Die stärkere Verankerung der Entwicklungspolitik in der Kommune und ein klar formulierter politischer Wille können das Engagement erleichtern.

**Konkrete Anregungen:** Der Erfahrungsaustausch unter den kommunalen Unternehmen sollte gestärkt werden; möglich wäre es auch, Kompetenzschwerpunkte zu setzen. Die Chancen kommunaler Unternehmen für die Entwicklungspolitik sollten gut kommuniziert werden und zum Engagement ermutigen. Dafür wäre beispielsweise eine **Studie** hilfreich, die konkrete Win-win-Situationen aufzeigt, genauso wie klare politische Botschaften auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, sowie vonseiten des VKU. Mit Blick auf die Zukunft sollte bis 2021 eine konkrete Strategie für die Einbindung von kommunalen Unternehmen durch die

SKEW erarbeitet werden. Diese sollte **maßgeschneiderte Angebote und Instrumente** beinhalten und auch rechtliche Rahmenbedingungen klären. Für die Mobilisierung kommt dem VKU eine Schlüsselrolle zu. Weitere Impulse wären, Synergien mit dem Senior Experten Service (SES) zu schaffen (um ehemalige Mitarbeitende einzubinden), Projekte mit niederschweligen Einstiegsmöglichkeiten für die kommunalen Unternehmen, Schulungen für kommunale Unternehmen zu den SDGs und der Agenda 2030 oder auch die Integration der Thematik in die Fachkräfteausbildung.



*Einführende Worte im Zukunftsforum 6*

## 7.6. Kommunale Partnerschaften im Kontext politischer Transformationsprozesse und fragiler Staatlichkeit

**Moderation: Wencke Müller und Dr. Stefanie Hanke (SKEW)**

**Hintergrund:** In vielen Ländern des Globalen Südens lassen sich politische Transformationsprozesse und sehr unterschiedliche Ausgestaltungen von Staatlichkeit beobachten. Diese lassen nicht immer demokratische Teilhabe zu – die Spannbreite reicht von autoritär und repressiv geführten Staaten hin zu Staaten mit latenten oder offenen Konflikten. Daraus leitet sich die Frage ab, wie kommunale Partnerschaften in Phasen politischer Transformation gelingen können. **Frieder Wolf (Stadt Köln)** berichtete von den Erfahrungen mit den Städten Tunis, Peking, Istanbul, Bethlehem und Corinto:

### Erfolgsfaktoren

- Bereitschaft, sich einzumischen (das heißt auch: sich zu den europäischen Werten wie Menschenrechte, Demokratie und Freiheit bekennen und einen sachbezogenen, nicht plakativen Austausch zu führen);

- Zur Stärkung der eigenen Urteilsfähigkeit regelmäßig sachkundigen Rat einholen (zum Beispiel von deutscher Vertretung vor Ort, politischen Stiftungen, GIZ, Goethe-Institut, NGOs etc.);
- Zusammenarbeit auf beiden Seiten auf eine breite Basis stellen: Politik und Verwaltung, Partnerschaftsvereine, Kirchen, Hochschulen, NGOs etc. (Multi-Stakeholder-Ansatz);
- Finanzielle und politische Unterstützung durch Land, Bund und EU bei Wahrung der originären kommunalen Handlungsspielräume; zudem breite Unterstützung im Rat;
- Beziehungen kontinuierlich (weiter-)pflegen, wodurch Vertrauen und Verbindlichkeit geschaffen werden;
- Regelmäßiger Erfahrungsaustausch.

#### Risiken

- Wer sich einmischt, macht sich angreifbar;
- Abbruch der Beziehungen auf der offiziellen Ebene (Beispiel Istanbul – Rotterdam);
- Sicherheitsfragen/Risikoabwägung → dies sind Themen für den Deutschen Städtetag, SKEW und BMZ;
- Finanzielle Verluste bei investiven Projekten: Gegenüber dem Zuwendungsgeber liegt das finanzielle Risiko letztendlich bei der deutschen Partnerkommune.

#### Herausforderungen und Chancen

- Städte sind die historischen Träger und Promotoren der Bürger- und Menschenrechte.
- Gewaltsame Konflikte, Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen sind die Hauptursachen für Flucht und Migration.
- Es liegt im strategischen Interesse der europäischen Städte, die lokale Demokratie in den Städten des Globalen Südens zu stärken.
- Urbanisierung und Globalisierung können nur in einer 'Kultur der Kooperation' menschenwürdig und ökologisch gestaltet werden. Niemand ist dafür mehr prädestiniert als die Städte selbst.

Auf Basis der Präsentation und der darauf folgenden Diskussion trug die Gruppe einige **Schlussfolgerungen** zusammen: Durchgängig zeigte sich eine Verunsicherung in Bezug auf den richtigen Umgang mit Partnerländern mit schwierigen Rahmenbedingungen. Allgemein wurde der **Bedarf für Unterstützung**, gerade auf der kommunalen Ebene, geäußert. Um sich angemessen verhalten zu können, brauche es eine **intensive Prozessbegleitung und**

**begleitendes Coaching**, über Länderinformationen oder interkulturelle Trainings hinaus. Angeregt wurden ein **individuelles Training** oder auch **Reisescouts**, welche die Kommunen vor Ort begleiten und unterstützen können.

Eine starke **Prozessbegleitung und Einbindung der Südpartner** im gesamten Prozess, beispielsweise bei der Antragsstellung, wurde ebenfalls als notwendig erachtet. Gewünscht wurde ein **klares Bekenntnis des BMZ zu einem Engagement in diesen Regionen** und damit verbunden die **klare Übernahme bestimmter Risiken**. Jenseits der Frage nach den Reisebestimmungen wurde der Vorschlag von **Hermesbürgschaften** auf kommunaler Ebene gemacht, die den Kommunen das finanzielle Risiko eines Engagements abnehmen könnten.

#### 7.7. Qualifizierung von Geflüchteten mit Rückkehrwunsch

**Moderation: Jennifer Ichikawa (SKEW),  
Katrin Bäumer (SPRINT)**

Das Zukunftsforum widmete sich der Frage, wie Kommunen Geflüchtete, die zukünftig in ihr Herkunftsland zurückkehren wollen oder müssen, schon frühzeitig mit Qualifizierungsmaßnahmen unterstützen können. In ihrem wissenschaftliche Beitrag zur Rolle von Geflüchteten bei der Entwicklung ihrer Herkunftsländer wies **Nora Jasmin Ragab von der Maastricht Graduate School of Governance** darauf hin, dass Rückkehrende Human- und Finanzkapital, soziales Kapital und neue Ideen mitbringen sowie lokale Veränderungsprozesse in Gang setzen können. Damit Rückkehr eine positive Wirkung auf die Entwicklung des Herkunftslands habe, benötige es aber verschiedene Bedingungsfaktoren sowohl im Aufnahme- als auch im Herkunftsland, zum Beispiel eine gelungene Integration im Aufenthaltskontext, eine freiwillige Rückkehrentscheidung, Möglichkeiten zur Wissensgenerierung und zur Erfahrung von alternativen Werten und Normen durch Teilhabe. Die Handlungsmöglichkeiten von Kommunen lägen vor allem im Bereich der **Qualifizierung in der Kommunalverwaltung, in der Förderung der Arbeitsmarktintegration (mit Perspektive auf potenzielle Rückkehr) und der Schaffung von Begegnungsräumen sowie Qualifizierungen in formellen und informellen Beteiligungs-**

**prozessen.** Im Rahmen kommunaler Partnerschaftsarbeit können Strukturen gefördert werden, welche die Potenziale von Rückkehr begünstigen: Zum einen könne dies ein allgemeiner **praxisbezogener Erfahrungsaustausch zur Gestaltung demokratischer Prozesse in der Kommune** sein. Zum anderen könne dies Initiativen beinhalten, die **Aufklärungsarbeit über die positiven entwicklungspolitischen Wirkungen von Rückkehr aufzeigen** (zum Beispiel Förderung von Dialogprozessen zwischen Rückkehrenden und lokaler Bevölkerung). Zuletzt betonte Nora Jasmin Ragab, dass klare **Kategorien wie „permanente“, „temporäre“ und „Rückkehr“-Migration zunehmend schwieriger zu erhalten seien**, da Migration in der heutigen Zeit von transnationaler Zirkulation und gleichzeitiger Verankerung in zwei oder mehreren Gesellschaften geprägt sei.

Anschließend stellte **Jennifer Ichikawa** ein Projekt der SKEW zur Qualifizierung von syrischen Geflüchteten in deutschen Kommunalverwaltungen vor, das im Rahmen der Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“ gestartet ist. Deutsche Kommunen verfügen über wertvolles Wissen zu Verwaltungsstrukturen und lokalpolitischen Prozessen, wovon Geflüchtete, die sich am Wiederaufbau ihres Herkunftslandes beteiligen wollen, profitieren können. Das Programm beinhaltet verschiedene Qualifizierungs- und Vernetzungsformate, darunter auch vergütete Praktika in den Kommunalverwaltungen, sodass die Geflüchteten Methoden, Werkzeuge und Prozesse kennenlernen können. Derzeit nehmen sieben Modellkommunen an dem Projekt teil und werden von der SKEW inhaltlich und finanziell unterstützt.

Im Anschluss eruierte die Gruppe in einer interaktiven Diskussion **Impulse und Handlungsmöglichkeiten** zum Thema.

- Über Begrifflichkeiten klar werden, zum Beispiel transnationale Mobilität;
- Kooperationsprojekte zum Thema transnationale Entwicklung anstoßen, zum Beispiel mit Trägern von Qualifizierungsangeboten;
- Fortbildungen für Geflüchtete zu politischer Teilhabe und Demokratie. In der Folge können Geflüchtete ihre Bedarfe an Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker herantragen und Demokratie praktisch einüben;
- Interaktive Karte zur Übersicht von Engagement und Partnerschaften in diesem Bereich aufbauen;
- weitere Kommunen dazu motivieren, kommunale Partnerschaftsbeziehungen mit dem Globalen Süden aufzunehmen, in einen kontinuierlichen Dialog zu treten und kommunale Netzwerkwerke aufzubauen;
- Unterstützung für die Gründung von Vereinen oder Migrantenselbstorganisationen anbieten;
- Qualifizierungsprogramme und entwicklungspolitische Bildungsarbeit für Verwaltungspersonal, zum Beispiel zur interkulturellen Öffnung: Wissen über andere Länder und kommunale Strukturen, Mehrsprachigkeit, verändertes *mindset*;
- transnationaler Dialog: Deutsche Kommunen sollten dauerhafte Unterstützung anbieten (über die Rückkehr hinaus), gegebenenfalls auch mit Partnern vor Ort wie zum Beispiel Kirchen;
- die Kommunen können zudem eine koordinierende Funktion übernehmen und die Vernetzung mit verschiedenen Akteuren (Wirtschaft, Vereine etc.) vorantreiben.



*Diskussion im Zukunftsforum 7*



Teilnehmende des Zukunftsforums 8 erarbeiten Entwicklungspotentiale für den Bereich Faire Beschaffung

## 7.8. Faire Beschaffung – mehr Alltag statt Ausnahmezustand im Jahr 2021!

**Moderation: Iris Degen (freiberuflich),  
Ann-Kathrin Voge (SKEW)**

Die Gruppe setzte sich mit der Frage auseinander, wie sich die Faire Beschaffung bis 2021 entscheidend voranbringen lässt und welche Bereiche für die erfolgreiche Umsetzung auf kommunaler Ebene von Bedeutung sind. In einem einführenden Impuls stellte Markus Schwarz, Bundeskoordinator für ökologischen Konsum, Produktion und Lieferketten der Arbeitsgemeinschaft der Landesnetzwerke (agl) vor, welche Punkte aus seiner Sicht die Faire Beschaffung vorantreiben könnten:

- Mehr „Fairtrade-Towns“: Bis 2021 sollte es 1.000 „Fairtrade-Towns“ geben (Stand Juni 2018: 536), da der Bewerbungsprozess häufig der erste Schritt in eine Faire Beschaffung sei.
- Es sollten flächendeckend Beschlüsse für eine Faire Beschaffung umgesetzt werden. Für Beschaffungen zuständige Mitarbeitende sollten an Fortbildungen zur Fairen Beschaffung teilnehmen.
- Zentrale Beschaffungsstellen sollten über einen strategischen Einkauf die Entwicklung der Fairen Beschaffung auf kommunaler Ebene managen.
- Personal aus der zentralen Beschaffung sollte sich landes- und bundesweit über Entwicklungen und Positivbeispiele in der Fairen Beschaffung austauschen.
- Kommunen sollten sich bei kommunalen Spitzenverbänden und den Landesregierungen dafür einsetzen, dass Unterstützungsangebote weiter ausgebaut werden.

Die Teilnehmenden wählten für die weitere Arbeit drei Schwerpunktthemen aus, bei denen sie bis 2021 das **größte Entwicklungspotenzial** sehen. Diese wurden mit möglichen **Maßnahmen** hinterlegt:

### **Strukturelle Verankerung des Themas in Politik, Gremien und der Verwaltung (zum Beispiel über Beschlüsse, Dienstanweisungen, Strategien)**

- Jährlicher Ratsbeschluss mit konkreten Arbeitsaufträgen zu Nachhaltigkeit und Fairem Handel und die entsprechende Umsetzung
- Einführung einer strategischen (zentralen) Beschaffung

### **Aus- und Fortbildung von Verwaltungspersonal in der Verwaltung**

- betriebsinterne Angebote für Auszubildende (Zusammenarbeit zum Beispiel mit der IHK)
- Im Rahmen von Beteiligungen an den Kampagnen „Fairtrade-Schools“ und –„Fairtrade-Universities“ (auch für Fachhochschule und Berufsschule) das Thema auch in die Lehrinhalte bringen
- Weiterbildungen zum Thema zum Standard machen
- Vernetzung mit anderen Kommunen und mit Akteuren in der Kommune
- Datenplattform für Faire Beschaffung bündelt zentral Informationen
- Transparente, verständliche Gütezeichen erleichtern die Anwendung im Arbeitsalltag



### Erfolgreiche Kommunikation des Themas nach innen und außen

- Integration in Nachhaltigkeitsberichte und Monitoring mit Meilensteinen und Indikatoren
- Bildung von einem Netzwerk für Entwicklung, das das Thema im entwicklungspolitischen Kontext aufgreift und mit anderen Themenschwerpunkten verzahnt
- Faire Beschaffung über Kaffee und Tee hinaus durch Informationsarbeit in der Verwaltung

*„Wir haben mit sehr konkreten Fragen und Umsetzungsmöglichkeiten gearbeitet – das war sehr hilfreich und konstruktiv!“*

Zum Abschluss stellten Dr. Jeanette Schade (SKEW) und Tim Stoffel (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik - DIE) eine aktuelle **Studie der SKEW über „Kommunen als Treiber und Gestalter nachhaltiger Wertschöpfung in Nord und Süd“** vor.

Von der SKEW und dem BMZ wünschen sich die Teilnehmenden einen bundesweiten Ausbau der Beratungsangebote zu Fairer Beschaffung. Dem BMZ wurde vorgeschlagen, den Fairen Handel auch gegenüber Unternehmen und Konsumentinnen und Konsumenten stärker in den Fokus zu rücken und auf EU-Ebene eine Diskussion über eine all-gemeingültige Definition des Fairen Handels anzustreben.



*Austausch zu Mehreckspartnerschaften im Zukunftsforum 9*

## 7.9. Dreieck, Viereck, Mehreck– Formate für eine partnerschaftsübergreifende Zusammenarbeit?

**Moderation: Clemens Olbrich und Vera Strasser (SKEW)**

Im Fokus des Zukunftsforums stand der Austausch zu tri- und multilateralen Kommunalbeziehungen. Dabei standen die Fragen im Vordergrund, wie Kommunen mit mehreren Partnerstädten den Wissensaustausch zwischen diesen befördern können und worin die spezifischen Chancen und Herausforderungen von Mehreckspartnerschaften bestehen.

Zunächst stellte **Barbara Duden, Vorsitzende der CIVEX-Fachkommission des Europäischen Ausschusses der Regionen** die „Nikosia-Initiative“ vor, die als Beispiel für funktionierende Städtekooperationen mit Libyen fungiert.<sup>6</sup>

Im Rahmen der Initiative werden verschiedene Ziele verfolgt, unter anderem der Austausch von Expertise mit europäischen Städten, aber auch die Förderung von Süd-Süd-Kooperationen, die Stärkung der Verwaltungskapazitäten von Kommunen und letztendlich die Verbesserung der Lebensbedingungen in Libyen durch bessere öffentliche Dienstleistungen. Dies geschieht beispielsweise durch Schulungen und Trainings für das Verwaltungspersonal. Darüber hinaus wird im Sinne der Nord-Süd-Süd-Kooperation Fachpersonal aus deutschen Kommunalverwaltungen und libyschen Universitäten zusammengebracht. Durch den partnerschaftsübergreifenden Wissensaustausch und die Nord-Süd-Süd-Kooperation auf kommunaler Ebene stellt die Initiative Kontakte zwischen den in den letzten Jahren sehr isolierten libyschen und verschiedenen europäischen Städten her.

**Johanna Reimers, Referentin für Entwicklungspolitik in der Freien Hansestadt Bremen**, berichtete anschließend über entwicklungspolitische Projekte im Rahmen der Bremer Städtepartnerschaften mit Durban in Südafrika

und Windhuk in Namibia. Mit beiden Partnerstädten unterhält Bremen eine Kommunale Klimapartnerschaft.<sup>7</sup> Die Städte arbeiten vermehrt in einem „Dreieck“ zum Thema Umwelt und Klimaschutz zusammen, da es viele gemeinsame Anknüpfungspunkte für den kommunalen Fachaustausch gibt. Bei der Erarbeitung der Handlungsprogramme zu Klimaschutz und Klimafolgenanpassung und bei der Entwicklung bzw. Umsetzung von Projektideen, bildet das gegenseitige Lernen die Basis für eine gleichberechtigte partnerschaftliche Zusammenarbeit. Johanna Reimers betonte, dass eine klare und offene Kommunikation ein Schlüsselfaktor für eine erfolgreiche Partnerschaft sei; gleichzeitig bedeute dies aber auch, dem Gegenüber gut zuzuhören sowie Bedarfe und Bedürfnisse zu verstehen. Zudem ließen sich Projekte nicht ohne Anpassung an den jeweiligen Kontext übertragen. Die Einbindung der Fachreferate in den kommunalen Austausch sei zwingend erforderlich, damit diese ihr Know-how in den Prozess einbringen können. Oftmals könne auch die deutsche Seite etwas dazulernen, insbesondere im Bereich der Nachhaltigkeit. Damit das wechselseitige Lernen auch funktioniere, bedürfe es allerdings einer offenen Haltung gegenüber anderen Denkweisen und Ansätzen.

**Ergebnis:** Die Gruppe war sich einig, dass die internationale Zusammenarbeit von Kommunen und das Voneinander-Lernen wichtige Bausteine für eine globale, nachhaltige Entwicklung sind. Jedoch seien damit einige Herausforderungen verbunden und es brauche eine hohe Motivation, Aufgeschlossenheit und Flexibilität in der täglichen Arbeit mit den Partnern. Oft seien lange Abstimmungen erforderlich. Der Kontext und die Werte, die bei einer Zusammenarbeit aufeinandertreffen, seien oft sehr verschieden, sodass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter interkulturelle Kompetenzen entwickeln bzw. ausbauen müssten. Es sei deshalb gut und wichtig, so die Teilnehmenden, dass es Einrichtungen wie die Servicestelle gebe, die beratend zur Seite stehe und durch die zahlreichen Förderinstrumente vieles erst möglich mache.

<sup>6</sup> CIVEX ist die Fachkommission für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen (CIVEX) des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) in Brüssel. Weitere Informationen zu der „Nikosia-Initiative“: <https://cor.europa.eu/en/our-work/Pages/Libya.aspx>.

<sup>7</sup> Link: <https://skew.engagement-global.de/kommunale-klimapartnerschaften.html>

## 8. Abschluss und Ausblick

Zum Abschluss kamen die Teilnehmenden zusammen, um die Ergebnisse aus den Zukunftsforen zu bündeln. Dr. Stefan Wilhelmy bedankte sich bei allen Teilnehmenden und Mitwirkenden für ihr Engagement.

Dieses zeige, wie viel Potenzial in den Themen stecke. Die Aufgabe sei es nun, die wertvollen Impulse aufzugreifen und weiterzuentwickeln. Er freute sich auf die weitere Zusammenarbeit und lud die Teilnehmenden ein, die Vernetzungsangebote der SKEW in Anspruch zu nehmen. Die nächste BUKO werde voraussichtlich wieder in drei Jahren stattfinden.

Weitere Ideen, Vorschläge und Anmerkungen können auch noch nach der 14. BUKO an das Team der Servicestelle herangetragen werden: [buko@engagement-global.de](mailto:buko@engagement-global.de)



*Die Teilnehmenden nutzen die Gelegenheit, sich intensiv zu Themen der Kommunalen Entwicklungspolitik auszutauschen*



*Abschlussplenum*

# Glossar

BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Cooperation and Development)
BNE	Bildung für nachhaltige Entwicklung	OOWV	Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband
BUKO	Bundeskonferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik	SDGs	Sustainable Development Goals
CIVEX	Fachkommission für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen	SES	Senior Experten Service
CBM	Christoffel-Blindenmission	SKEW	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
CSR	Corporate social responsibility	VHS	Volkshochschule
DIE	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik	VKU	Verband kommunaler Unternehmen
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz		
EU	Europäische Union		
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit		
IHK	Industrie- und Handelskammer		
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie		
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen		
MENA	Middle East and North Africa		
MUPASS	Municipalities Promoting and Shaping Sustainable Value Creation		
Nakopa	Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte		
NRO/NGO	Nichtregierungsorganisation / Non-governmental Organisation		

# Impressum

Engagement Global gGmbH  
Service für Entwicklungsinitiativen  
Tulpenfeld 7  
53113 Bonn  
Postfach 120525, 53057 Bonn

Telefon +49 228 20717-0  
Telefax +49 228 20717-150

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)  
Telefon: +49 228 20717-670  
[info@service-eine-welt.de](mailto:info@service-eine-welt.de)  
[www.service-eine-welt.de](http://www.service-eine-welt.de)

Inhaltlich verantwortlich: SKEW, Dr. Stefan Wilhelmy

Projektleitung: Sebastian Dürselen, Doreen Eismann  
Texte: Eva Roeder  
Redaktion: Meike Pfeil, Alina Herbort  
Fotos: Martin Magunia  
Gestaltung, Satz und Layout: Kirsch Kürmann Design, Dortmund

Bonn, November 2018

